

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 151 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 8/2007 · VOM 28. JULI 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Erneuerbare Energien
in Eberswalde**
Aufs falsche Pferd gesetzt

7 | **Armut
in Eberswalde**
Ver.di fragt den Bürgermeister

12 | **Bürgerhaushalt
in Eberswalde**
Grenzen und Chancen

Volksinitiative Sozialticket auf Erfolgskurs

Anfang Juli trafen sich die Initiatorinnen und Initiatoren für die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg, um nach zwei Monaten eine Zwischenbilanz zu ziehen. Beteiligt sind der Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V., der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg, die GRÜNE LIGA Landesverband Brandenburg e.V., das Diakonische Werk des Landes Brandenburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband Landesverband Brandenburg, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, die Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. und der Brandenburger Landesverband der Partei DIE LINKE.

Insgesamt kann man einschätzen, daß die Volksinitiative auf Erfolgskurs ist. Mit 15.000 gesammelten Unterschriften (Stand: 13.07.2007) ist bereits jetzt der Nachweis erbracht, daß das Anliegen landesweit in der Bevölkerung auf erfreulich große Resonanz stößt. Mehr als die Hälfte des Weges wurde geschafft. Gleichzeitig kritisierten die Initiator/innen scharf die nach wie vor ablehnende Haltung der Großen Koalition aus SPD und CDU im Brandenburger Landtag, für die 14 Landkreise und vier kreisfreien Städte im Lande die finanziellen Voraussetzungen zur Einführung eines Sozialtickets zu schaffen. Für den ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim kann ebenfalls eine ausgezeichnete Zwischenbilanz gezogen werden. Mit 2.400 Unterschriften liegen wir im Fahrplan des auf der Bezirksvorstandssitzung im Juni gefaßten Orientierungsbeschlusses, mindestens 3000 Unterschriften bis Ende September 2007 in der Region zu sammeln. Durch die ver.di-Bezirksgeschäftsführerin Marianne Wendt sind alle organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen worden, daß unser Aktionsteam vor Ort motiviert arbeiten konnte.

Viele regionale Veranstaltungen wurden genutzt, wie das Schulfest der Grundschule Schwärzensee im Brandenburgischen Viertel von Eberswalde, das internationale Nachwuchsfußballturnier anlässlich des local energy FINOW-CUP 2007, das Sommerfest des Eberswalder Stadtverbandes der Partei DIE LINKE, das Volksfest anlässlich der Einweihung des neuen Kreishauses in Eberswalde unter Mitwirkung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel, der Markttag in Prenzlau, der Familiensporttag im Eberswalder Westendstadion, die 700-Jahrfeier in Sommerfelde und die 707-Jahrfeier in Groß-Schönebeck. Aber es gab und gibt auch viele Einzelaktivitäten, beispielsweise von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Eberswalder Stadtbibliothek, die allein bisher 80 Unterschriften gesammelt haben und die Listen am Tresen öffentlichkeitswirksam auslegen lassen. Oder von der BBP-Abonnentin Andrea Kallies, die in ihrem Laden 30 Unterschriften sammelte. Erstaunlich ist, daß die meisten der Unterzeichnenden nicht dem Kreis der Anspruchsberechtigten angehören und trotzdem ihre Solidarität mit den sozial Benachteiligten bekundeten. Bemerkenswert ist, daß viele Bürgerinnen und Bürger unterschrieben haben, die kommunalpolitisch aktive Mitglieder der CDU und der SPD sind und damit eine andere Position als die meisten ihrer Parteifreunde im Landtag vertreten. Aber auch mancher Wirtschaftskapitän aus der Region ließ es sich nicht



nehmen zu unterschreiben, wengleich er im täglichen knallharten Unternehmerleben sicherlich die eine oder andere Befindlichkeit mit Gewerkschaften hat. Die spontane Aussage während der Unterschriftenleistung unseres ver.di Mitgliedes Marieta Böttger, die als Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim arbeitet, sollte für viele Bürgerinnen und Bürger Vorbild- und Signalwirkung haben. Sie betonte sinngemäß: »Wir dürfen die soziale Frage insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 nicht der NPD überlassen«. Der Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Friedhelm Boginski, könnte mit seiner Unterschrift unter die Volksinitiative ein souveränes Zeichen setzen, daß er es ernst meint, alle Aktivitäten zu unterstützen, damit der Landkreis Barnim wieder über ein Sozialticket verfügen kann. Davon würden auch viele anspruchsberechtigte Eberswalderinnen und Eberswalder profitieren, die im 1. Arbeitsmarkt tätig sind und die aufgrund ihres geringen Verdienstes ergänzendes Arbeitslosengeld II zusätzlich in Anspruch nehmen müssen.

Das Ziel, bis Ende September 2007 die erforderlichen 20.000 Unterschriften vorzuweisen, ist realistisch, bedarf aber nach wie vor große Anstrengungen, vor allem aus dem Kreis der zukünftig Anspruchsberechtigten (!!!). Die Gewerkschaften, die Aktions- und Sozialbündnisse sowie die Wohlfahrtsverbände in Brandenburg sollten ihr Aktivierungspotential in den Regionen des Landes effektiver und stärker nutzen, um zu einem positiven Gesamtergebnis beitragen zu können.

CARSTEN ZINN und Dr. ANDREAS STEINER (für die Initiatorin ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Berlin-Brandenburg)

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Wer plant, weiß, daß Planungen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen realisierbar sind. Planung ist umso schwieriger, je weniger die Bedingungen selber mitbestimmt werden können. Werden Bedingungen falsch eingeschätzt, kommt man zu unrealistischen Planungen. »Der Plan ist der Ersatz des Zufalls durch den Irrtum« ist dann oft das Ergebnis.

Diese Gedanken kommen einem bei der Planung des Regionalflughafens in Finow. Seit dem Abzug der GUS-Truppen geistern die Flughafenpläne durch Eberswalde, Finowfurt/Schorfheide, den Landkreis und das Land. Grundlage dieser Planungen war vor allem der Wunsch, wirtschaftlichen Aufschwung zu bewirken. Daß die Politik dabei auf den Regionalflughafen setzte, war nicht Ergebnis qualifizierter Analysen, sondern lediglich Hoffnung.

Ex-Flugplatzentwickler Brandstetter nährte diese Hoffnung und sich selbst am Busen der Technischen Werke, deren 3,25 Mio DM Darlehen er für sich beiseite schaffte, ehe er für die Hoffnungen Konkurs anmeldete. Doch so schnell gaben die Kommunalpolitiker in und um Eberswalde nicht auf. Neue Hoffnungsträger bewarben sich um die Konkursmasse und betrieben den Verkehrslandeplatz weiter. Nun nach vielen Jahren vergeblicher Hoffnung der Aufschrei, als die Landesregierungen Brandenburgs und Berlins erklärten, daß es in Brandenburg keine Regionalflughäfen geben soll.

Statt eigene Einschätzungen zu überprüfen, werden nun die Landesregierungen wegen falscher Entscheidungen gescholten. Der Flugplatzbetreiber beansprucht das Recht, dem Flughafen Berlin-Brandenburg-International Konkurrenz machen zu dürfen. Dabei ist spätestens seit Brandstetters Antrag auf Startmasenerhöhung klar, daß es für einen Regionalflughafen Finow keinen Bedarf gibt. Dies ist aber eine Bedingung für die Errichtung eines Flughafens. Ohne Bedarf kann es keine Planfeststellung für Flughäfen geben. Die Prüfung des Bedarfs gehört zur Pflichtaufgabe der luftverkehrsrechtlichen Planfeststellungsbehörde. Sie darf nicht zulassen, daß ein Ausbau auf Vorrat oder mit dem Ziel, Marktanteile von anderen Flughäfen abzuwerben, erfolgt. Was Brandstetter vorgelegt hatte, genügte diesen Ansprüchen bei weitem nicht. Nach Genehmigung des Flughafens BBI haben die derzeitigen Flugplatzbetreiber in Finow gar keine Chance mehr, daneben noch einen Bedarf für einen Regionalflughafen nachzuweisen.

Daß keine »Angebotsflughäfen« errichtet werden dürfen, hat mit den gewaltigen Auswirkungen der Flughäfen auf Menschen, Tiere und Umwelt zu tun. Dies haben die Befürworter des Regionalflughafens stets weit zurück gedrängt mit dem Argument, daß Negativwirkungen wegen der vermeintlich zu erwartenden Arbeitsplätze in Kauf genommen werden müßten.

Was jetzt in Kauf genommen werden muß, ist der Abschied von vergeblichen Hoffnungen.

ALBRECHT TRILLER

Demonstration am 15. September in Berlin:

Bundeswehr raus aus Afghanistan

DIE LINKE unterstützt die von der Friedensbewegung organisierte Demonstration gegen die Verlängerung des Mandates für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan und ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, am 15. September in Berlin zu demonstrieren.

Die Situation in Afghanistan ist katastrophal. Bei dem Krieg geht es nicht um Demokratie und Menschenrechte, sondern um die wirtschaftlichen Interessen der westlichen Industrieländer – auch Deutschlands. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, aber nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Da wundert es nicht, wenn die ausländischen Truppen von der Afghanischen Bevölkerung als Besatzer angesehen werden.

Durch den Tornado-Einsatz wurde die deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet. Dabei wird deutlich: Eine Unterscheidung zwischen dem vermeintlichen Wiederaufbau-Einsatz ISAF und der US-geführten Operation Enduring

Freedom ist Augenauswischerei. Beide Einsätze sind miteinander verquickt. Durch den Tornado-Einsatz beteiligt sich die Bundeswehr direkt am Krieg. Die Bundesregierung ist mit verantwortlich für die vielen zivilen Toten, die in den letzten Wochen durch die Bombardierungen zu beklagen sind. Anstatt den Abzug der Bundeswehr zu planen, erwägen Peter Struck und Frank Walter Steinmeier sogar die Entsendung weiterer Soldaten.

Damit ziehen sie Deutschland noch weiter in den Kriegssumpf hinein. Die Bundestagsabgeordneten können eine Beendigung der deutschen Kriegsbeteiligung herbeiführen. Im September wird über die Verlängerung des ISAF-Mandates, inklusive der Tornados, abgestimmt, im Oktober wird über die Verlängerung der Operation Enduring Freedom abgestimmt.

Wir sagen Nein zur Verlängerung und zur Ausweitung dieser Mandate.

CHRISTINE BUCHHOLZ, Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand DIE LINKE.

Barnimer Grüne begrüßen Sonderparteitag

Die Barnimer Bündnisgrünen begrüßen die Einberufung eines grünen Sonderparteitages zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Der Einsatz für Frieden und eine gewaltfreie Politik sind nach wie vor wichtige Grundsätze bündnisgrüner Politik. Daher begrüßen wir es sehr, daß die Parteibasis diesen Sonderparteitag durchsetzen konnte und so eine breite innerparteiliche Diskussion zum Afghanistanmandat stattfinden wird.

Der Kreisverband Barnim von Bündnis 90/Die Grünen war bundesweit einer der ersten, der den Aufruf für einen Sonderparteitag unterstützte. Ausgelöst durch das Votum der

Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion für den Tornado-Einsatz in Afghanistan, fand im April eine intensive Diskussion über das Thema im Kreisverband statt. Die überwiegende Mehrheit der anwesenden Mitglieder stimmte für den Sonderparteitag, da die inhaltliche Auseinandersetzung mit so wichtigen Fragen wie internationalen Kampfeinsätzen in den letzten Jahren innerhalb der Partei zu kurz gekommen sei und mit einer eindeutigen öffentlichen Positionierung die Glaubwürdigkeit der Grünen gestärkt werden könne.

STEFAN STAHLBAUM, Stellv. Kreissprecher von Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Neuer AfW-Landesvorsitzender aus Eberswalde

Eberswalde (afw). Am 20. Juli 2007 trat der Landesvorstand der Allianz freier Wähler (AfW) in Brandenburg zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung in Eberswalde zusammen. Die Zusammenkunft war erforderlich, da der bisherige Landesvorsitzende Wolfgang Paschke aus Hennickendorf überraschend aus gesundheitlichen Gründen den Vorsitz abgeben mußte und ein neuer Landesvorsitzender bis zur außerordentlichen Mitgliederversammlung kommissarisch amtierend muß. Als kommissarischer Vorsitzender wurde einstimmig

vom Vorstand Dr. Günther Spangenberg aus Eberswalde gewählt.

Zugleich schied Herr Dr. Willy Ullmann aus dem Vorstand aus, um sich auf die aktuelle wichtige Arbeit der Bürgerbewegung zum Schutz der RentnerInnen zu konzentrieren.

Der Vorstand in neuer Zusammensetzung beriet über Strategien zur Kommunalwahl 2008 und zur Landtagswahl 2009. Der Vorstand der AfW sichert der Bürgerbewegung zum Schutz der RentnerInnen auch weiterhin seine volle Unterstützung zu.

Das neue Kreishaus in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die für diese Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« geplanten Beiträge zum neuen Kreishaus auf dem Pavillonplatz in Eberswalde bleiben in der Schublade. Inzwi-

schen stellte sich heraus, sie sind unnötig. Alle sehen es. Der Ruf des kleinen Kindes, das immer die Wahrheit sagt, kann unterbleiben. Alle wissen es: Der Kaiser ist nackt...

Das falsche Pferd

Im Juni hatten die Stadtverordneten mehrheitlich eine Änderung des Bebauungsplanes für den Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) beschlossen (BBP 6/2007). Dabei ging es um die Zusammenfassung einzelner Parzellen zu einem großen Grundstück und der Aufhebung von Höhenbegrenzungen für die dort zu errichtenden Gebäude. Der eigentliche Zweck wurde allerdings in den Beschlußbegründungen nicht genannt. Es soll auf dem TGE-Gelände der Bau des bislang größten Biogaskraftwerks der Welt ermöglicht werden.

Eberswalde würde so zu einem Zentrum der industriellen Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere von Biomasse werden. Auf dem Gelände des Binnenhafens ist bereits ein Holzkraftwerk in Betrieb. Dort soll zudem in absehbarer Zeit eine Anlage zur Herstellung von Biodiesel entstehen. Alles Projekte, die sehr schön in die aktuelle Kampagne zum Klimawandel passen. Wovon Initiativen wie der Arbeitskreis Alternative Energien Eberswalde und das Energiesparkontor Barnim seit Jahren auch in der BBP predigen, würde wahr.

Allerdings hat die Sache ein paar Haken, sowohl ökonomische als auch ökologische. Dem Holzkraftwerk steht voraussichtlich eine wirtschaftlich sichere Zukunft bevor. Vor allem deshalb, weil das Land Brandenburg den Holz nachschub zu Niedrigpreisen auf Jahre hinaus garantiert hat. Für den regionalen Holzabsatz spielt das Werk keine Rolle. Der Eberswalder Stadtförster Simon meinte auf Nachfrage sogar, daß nicht einmal für die munitionsbelasteten Holzbestände der Aufwand lohnen würde. Für die Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme hat der Holzkraftwerksbetreiber inzwischen eine Lösung gefunden. Die Abwärme wird zur Herstellung von Holzpelets genutzt. Das angelieferte Billigholz wird also nicht nur direkt verbrannt, sondern zum Teil auch zu hochwertigen Öko-Brennstoffen veredelt. Für den Betreiber eine sehr gute betriebswirtschaftliche Lösung.

Dem geplanten Biogaskraftwerk auf dem TGE fehlen bislang solche betriebswirtschaftlich günstigen Bedingungen. Beispielsweise gibt es noch keinerlei Vorstellungen, wie die Abwärme genutzt werden könnte. Der Transport als Fernwärme zur Versorgung der Schwimmhalle oder des Brandenburgischen Viertels erscheint ebenso unrealistisch wie die Nutzung zur Beheizung von Gewächshäusern. Ohne die Nutzung der Abwärme mag sich das Biogaskraftwerk vielleicht aus Sicht der Betreiber dank der subventionierten Stromabnahmepreise halbwegs betriebswirtschaftlich darstellen. Allerdings bleiben eventuell erhoffte ökologische Vorteile völlig auf der Strecke, wenn der Energieverbrauch bei der Produktion der landwirtschaftlichen Rohstoffe in die Öko-Bilanz aufgenommen wird. In der Biogasanlage im TGE soll vor allem Maissilage verarbeitet

werden. Die für den Betrieb notwendige Jahresmenge entspricht einer Maisanbaufläche von ca. 2.400 Hektar. Momentan ist dies die größte Hürde. Der künftige Betreiber konnte bislang einen Landwirt mit nennenswerter Fläche in Finowfurt und einige kleinere u.a. in Lichterfelde und Brodowin als potentielle Lieferanten gewinnen. Damit stehen ihm etwa ein Viertel der benötigten Flächen zur Verfügung.

Die Zurückhaltung der Landwirte erklärt sich zum einen darin, daß einige Landwirte, vor allem jene, die sich zugleich der Viehproduktion widmen, selbst mit dem Gedanken spielen, eine kleine Biogasanlage zu errichten. Zum anderen ist ein dauerhafter Maisanbau den Böden alles andere als zuträglich. Außerdem sind nur wenige Bauern bereit sich dem Risiko von Mono-Maiskulturen auszuliefern, bei denen bei extremen Wetterlagen, wie z.B. der Trockenheit des vergangenen Jahres, möglicherweise ein totaler Ernteausfall droht. Insofern stehen die Chancen für das Biogaskraftwerk auf dem TGE eher schlecht.

Bessere Aussichten versprechen sich die Investoren, die auf dem Hafengelände eine Biodieselanlage errichten wollen. Die Ölindustrie wäre dank der Biodieselverordnung, die den Zusatz von Biodiesel zu handelsüblichen Dieselmotoren vorschreibt, ein sicherer Abnehmer. Zugleich denken die künftigen Betreiber nicht daran, sich von der regionalen Landwirtschaft abhängig zu machen. Nach vorliegenden Informationen soll die Biodieselproduktion in Eberswalde ausschließlich auf dem Rohstoff Palmöl basieren. Palmöl gehört zu den Bioölen, die sich am besten für die Biodieselproduktion eignen. Da in unseren Breiten keine Palmen wachsen, muß das Palmöl aus den Tropen herantransportiert werden. Dort hat sich aufgrund des steigenden Bedarfs in den Industrieländern ein regelrechter Palmölboom entwickelt. Mit dem Ergebnis, daß nicht nur bisher anderweitig landwirtschaftlich genutzte Flächen mit Palmölplantagen bepflanzt werden, sondern auch zunehmend Regenwald gerodet wird, um Platz für die Palmölplantagen zu schaffen. Die Absicht, mittels Biodiesel einem weltweiten Klimawandel entgegenzuwirken erweist sich als böser Trugschluß. Während die ökonomische Rechnung für den Biodieselanlagen-Betreiber aufgehen dürfte.

Von diesen Entwicklungen bekommen die Bürgerinnen und Bürger und auch ihre Vertreter in den kommunalen Parlamenten so gut wie nichts mit. Sie werden meist vor vollendete Tatsachen gestellt. Wegen dieser Strukturen wurden zwei Eberswalder Bürgermeister von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt. Die Strukturen wirken fort. Bildlich gesprochen ist's der Geist des abgewählten Bürgermeisters Schulz, der mit diesen Projekten Erfolge feiert. Hier wird auf's falsche Pferd gesetzt.

GERD MARKMANN

Kinder- und Jugendparlament:

»Wir sind wieder aktiv«

Das Eberswalder Kinder- und Jugendparlament hat am 25. Juni seine konstituierende Sitzung durchgeführt. Zuvor jedoch mußten am 21. Juni die Stadtverordneten der Berufung zustimmen. Dies geschah auch mit einer, die Jugendlichen offensichtlich erleichternden, einstimmigen Entscheidung. Somit war der Weg frei für die 17 politisch Interessierten zwischen 16 und 24 Jahren, die sich in den kommenden zwei Jahren um alle kommunalpolitischen Fragen, welche sich mit der Problematik der Kinder und Jugendlichen in Eberswalde befassen, kümmern. Die Mitglieder des Jugendparlaments haben Rederecht in allen Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde. Die ersten Aufgaben des Parlaments waren die Bestätigung der Geschäftsordnung, sowie das Wählen des Vorstandes. Bei der Bestätigung gab es keinerlei Probleme; sie wurde einstimmig angenommen.

Auch bei der Wahl des Vorsitzenden gab es keine Probleme. Für diesen



Posten kam für alle nur Martin Hoeck (rechts) in Frage. Somit wurde er auch einstimmig gewählt. Als erste Stellvertreterin wurde Kathleen Franke (Mitte) gewählt. Sie hat zugleich die Aufgabe der Schatzmeisterin inne. Den Posten des zweiten Stellvertreters und damit des Pressesprechers erhielt Felix Pförtner (links).

Die ersten Projekte des Parlaments, sind hauptsächlich die Öffentlichkeitsarbeit. So ist man momentan dabei eine Homepage einzurichten, sowie einen regelmäßig erscheinenden Infobrief zu entwickeln. Eine Aufgabe, worauf sich die Mitglieder besonders freuen, ist der Besuch Jugendlicher des Jugendparlaments aus Herlev (Dänemark), der Eberswalder Partnerstadt. Möglicherweise entwickelt sich eine engere Zusammenarbeit zwischen diesen wichtigen demokratischen Jugendgremien.

FELIX PFÖRTNER, Pressesprecher des KJP

KJP-Infobrief

Eberswalde (kjp). Das neue Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde wird ab sofort regelmäßig einen eigenen kostenlosen Infobrief herausgeben, um über die getätigte wie auch über die geplante Arbeit zu informieren. Die erste Ausgabe ist ab sofort erhältlich.

Diesen Infobrief wird es künftig sowohl elektronisch, als auch in Papierform geben. Wer ihn elektronisch erhalten möchte, schickt bitte eine Mail an die neue offizielle Adresse: KJP-Eberswalde@telta.de mit dem Betreff »Infobrief«. Wer ihn in Papierform haben möchte, wendet sich bitte direkt an den Vorsitzenden, Martin Hoeck unter: 0162-7166198.

IMI mundtot gemacht?

Die Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) erweist sich als Scharnier zwischen Wissenschaft und Friedensbewegung und verfolgt seit Gründung 1996 ihr satzungsgemäßes Ziel, dem Frieden und der Völkerverständigung dienliche Informationen zu veröffentlichen und zu verbreiten. Hierbei nimmt sie eine kritische Haltung zur deutschen Beteiligung an Angriffskriegen, zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und zum Abbau der Bürger- und Menschenrechte ein.

Bereits im Februar 2006 verweigerte das Finanzamt Tübingen dem Verein einen endgültigen Freistellungsbescheid und damit die Anerkennung seiner Gemeinnützigkeit. Als Grund wurde genannt, eine nicht näher spezifizierte Behörde hätte Zweifel an der Verfassungstreue des Vereins erhoben. Seitdem erhielt die IMI keine weiteren Angaben über die Behörde und die Anschuldigungen. Mit Schreiben vom 11.5.2007 teilte das Finanzamt nun mit, es beabsichtige »der IMI die Gemeinnützigkeit für die Jahre ab 2001 zu versagen«, da sie sich tagespolitisch äußere und dies nicht gemeinnützig sei. Außerdem drohte das Finanzamt, den Verein für entgangene Steuern mit 40% auf alle Spendeneinnahmen seit 2001 haftbar zu machen.

Dies wertet die IMI in zweifacher Hinsicht als politischen Skandal. Erstens ist es die Aufgabe einer Organisation, die sich der Wahrung und Herstellung des Friedens widmet, gerade in Zeiten zunehmender und zunehmend gewalttätiger Auslandseinsätze der Bundeswehr hierzu Stellung zu nehmen. Zweitens betrachtet sie den haltlosen Vorwurf, überwiegend tagespolitisch tätig zu sein, nur als vorgeschoben, um damit der Aufforderung einer ominösen Behörde nachzukommen, die Arbeit der IMI zu behindern. Die IMI vermutet dahinter das Bundesamt oder das Baden-Württembergische Amt für Verfassungsschutz und fordert das Finanzamt auf, seine Quellen offen zu legen und die Vorwürfe zu konkretisieren.

»Es ist bezeichnend, daß im Kontext verfassungswidriger In- und Auslandseinsätze deren Kritiker zu Staatsfeinden erklärt werden – von Organisationen, die dem Namen nach dem Schutz der Verfassung dienen«, so Jürgen Wagner, Geschäftsführender Vorstand der Informationsstelle Militarisierung. »Daß diejenigen, die im Ausland Aufstandsbekämpfung mit Tornados betreiben im Inland nicht davor zurückschrecken, das Finanzamt auf Kritiker zu hetzen, sollte nicht wundern«, so Wagner weiter. Die Informationsstelle versucht nun, die Öffentlichkeit für sich zu mobilisieren. Unter dem Motto »IMI – gemein aber nützlich« will sie erstens für ihren Fortbestand kämpfen aber auch auf die Zusammenhänge zwischen äußerer Militarisierung und innerer Repression hinweisen.

Näheres zur Tätigkeit der IMI, dem Verfahren und der geplanten Kampagne entnehmen Sie bitte unserer Webseite: www.imi-online.de.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Interessen der Nachbarn beachten

Der Entwurf des Schorfheider Flächennutzungsplanes aus Finower Sicht

Der Ortsteil Finow ist durch die Flächennutzungsplanung der Gemeinde Schorfheide unmittelbar betroffen. Insbesondere die Pläne zur Entwicklung eines Regionalflughafens und zur Einrichtung eines großen Gewerbegebietes werden erhebliche Auswirkungen auf den Ortsteil Finow und seine Bürger sowie für die Natur und Umwelt haben. Dazu im Einzelnen:

1. Die Entwicklungskonzeption der Wirtschafts-Verkehrs-Zentrum Finow GmbH plant im Süden und im Norden des Flugplatzes bis an Finow heran die Installation eines Gewerbegebietes. Das stellt für den angrenzenden Ortsteil Finow eine Belastung dar (Verkehrsbelastung, Lärm, Verlust an Lebensqualität durch Eingriff in die Natur...).

2. Die Schaffung von Gewerbegebieten in der im Flächennutzungsplan enthaltenen Größe im Bereich des Flugplatzes Finow wird zu einer erheblichen Konkurrenz für die nicht ausgelasteten städtischen Gewerbegebiete führen.

3. Im Flächennutzungsplan sind neue Straßen im Bereich des Flugplatzes Eberswalde-Finow ausgewiesen (zwecks Trassenfreihaltung). Sie gehen auch über den Erschließungsbedarf des Flugplatzes hinaus. Stattdessen hätten sie eine erhebliche Verkehrsverlagerungen zum Nachteil von Finow zur Folge.

4. Der Flächennutzungsplan nimmt Bezug auf die Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg (1. Fortschreibung vom Oktober

2000). Diese Konzeption dürfte inzwischen längst überholt sein und sollte deshalb nicht mehr zur Begründung des Flächennutzungsplans herangezogen werden.

5. Der Flächennutzungsplan übernimmt die Planungen des Flugplatzbetreibers. Die vom Betreiber beabsichtigte Erhöhung der Startmasse auf 85 Tonnen ist noch nicht genehmigt. Eine Genehmigung steht wegen der notwendigen Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption des Landes ohnehin in Frage.

6. Die im Umweltbericht dargestellten Naturpotentiale und die aus der Flächennutzung resultierenden Gefahren, eingeschlossen die enormen Versiegelungen als Folge der Nutzung, unterstreichen die Notwendigkeit und Berechtigung, über die im Rahmen des Bestandschutzes zulässigen Nutzungen hinaus keine Erweiterungen der Nutzung zuzulassen.

7. Eine Beschlußfassung über den Entwurf des Flächennutzungsplanes setzt eine Abstimmung mit den Nachbarkommunen, hier mit der Stadt Eberswalde, voraus, um negative Auswirkungen für die benachbarten Bürger auszuschließen. Dies gilt hier in besonderem Maße, weil von der Flugplatzentwicklung nicht nur Finowfurter Flächen, sondern auch Eberswalder Flächen betroffen sind.

ALBRECHT TRILLER,
Ortsbürgermeister in Finow

Runder Tisch Radverkehr

Bernau (msch). Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses Markus Schaefer ruft zur Bildung eines runden Tisches Radverkehr Bernau auf. Interessierte Bürger, die an der Verbesserung des Radverkehrs in Bernau mitwirken wollen, werden aufgerufen, sich bei ihm zu melden.

Runde Tische gibt es bereits in mehreren Städten der Republik. Mit einfachen Mitteln konnte vielerorts der Radverkehr attraktiver und sicherer gemacht werden. Angesichts der

Lärmbelastung und des Feinstaubes in Bernau ist es an der Zeit, Pläne auch umzusetzen.

»Was woanders geklappt hat, sollte auch bei uns funktionieren.« meint der Grüne Markus Schaefer von der Freien Fraktion in Bernau. Telefonisch oder per Fax kann man sich melden unter 03338-703950. Per email ist der Kontakt unter schaefer.m@arcor.de möglich. Nachdem es erste Reaktionen gab wird jetzt überlegt, den runden Tisch Radverkehr auf den »Speckgürtelbereich« Amt Panketal auszudehnen.

Jugendclub »Am Wald«:

Startschuß für ein neues Projekt

Eberswalde (prest-ew). Unter dem Projekttitel »Komm In Chat« erweitert der städtische Jugendclub »Am Wald« seine inhaltliche Angebotsstruktur. Hauptanliegen des aktuellen Projekts sind die Förderung von

Kommunikation
In Information
Chat bewußter Internetnutzung

für die Menschen im Brandenburgischen Viertel. Ab sofort sind Jugendliche, junge Erwachsene und Junggebliebene eingeladen, jeden Dienstag in der Zeit von 11 bis 15 Uhr vielfälti-

ge Möglichkeiten des kreativen Umgangs mit dem Medium Computer zu erproben. Dazu gehören die Vermittlung von PC-Grundkenntnissen, die Bild- und Videobearbeitung sowie die Unterstützung beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

Weitere Infos, Hinweise und Rückfragen sind möglich und unbedingt erwünscht unter: Jugendclub »Am Wald«, Senftenberger Str. 16, 16227 Eberswalde, Frau Barz (Tel. 03334/33004, eMail: clubamwald@hotmail.com).

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

Demokratische Mitwirkung stärken

Vorschläge zur Veränderung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung

Nach der Sommerpause sollen in der Stadtverordnetenversammlung Änderungen an der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde und an der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung beraten und beschlossen werden. Dazu reichte das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde Vorschläge und Anregungen ein, die die demokratische Mitwirkung der Bürger stärken sollen. Diese betreffen u.a. folgende Punkte:

Gestaltung der Tagesordnung

Die praktizierte Unterscheidung von Anträgen der Fraktionen und Vorlagen der Verwaltung bedeutet eine Abwertung der Fraktionsanträge und soll deshalb beendet werden.

Es sollte eine Festlegung getroffen werden, nach welchen Gesichtspunkten die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte festgelegt wird. Dabei sollte das öffentliche Interesse an einzelnen Punkten eine wesentliche Rolle spielen. Interne Angelegenheiten der StVV, wie z.B. Wahl und Abwahl von Ausschußmitgliedern, sollten am Ende der Tagesordnung beraten werden, um damit an der StVV teilnehmende interessierte Bürger nicht zu belasten.

Gemäß § 42 der GO sind Tagesordnungspunkte so konkret zu formulieren, daß die Bürger erkennen können, was beraten und entschieden werden soll.

Gewinnung der Bürger für die Teilnahme an den Stadtverordnetenversammlungen

Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollten die Bürger auf die Schwerpunktfragen der jeweiligen StVV und auf das Für und Wider der zu treffenden Entscheidungen hingewiesen und damit Interesse zur Teilnahme geweckt werden.

Anhörung von Betroffenen:

Nach § 16 (1) der Hauptsatzung sind Anhörungen Betroffener und Sachverständiger in der StVV möglich. Anhörung von Betroffenen wird aber nicht genutzt. Es sollen Regelungen getroffen werden, unter welchen Bedingungen Anhörungen erfolgen, die dann auch für die Ausschußsitzungen gelten sollen.

Einwohnerfragestunde in den Ausschüssen

Die Hauptsatzung der Stadt enthält keine Festlegungen zu Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen. Inzwischen werden in allen Ausschußsitzungen Einwohnerfragestunden durchgeführt. Dies sollte nunmehr auch in der Hauptsatzung seinen Niederschlag finden. Die Einwohnerfragestunde sollte sich auch in den Niederschriften der Ausschüsse widerspiegeln.

Bürgersolaranlage auf dem Rathausdach

Eberswalde (bbp). Am 9. Juli setzten der Geschäftsführer der »Bürgersolaranlage Eberswalde 1 GbR« Thorsten Kleinteich und Bürgermeister Friedhelm Boginski ihre Unterschrift unter den Gestattungsvertrag zur Errichtung einer Bürgersolaranlage auf dem Seitenflügel des Eberswalder Rathauses. Die erste Bürgersolaranlage in Eberswalde mit einer Nennleistung von 11,88 kWp wird eine Fläche von 95 m² einnehmen. Um die nötigen ca. 50.000

Anfragen von Fraktionen, Stadtverordneten

Unter diesem Tagesordnungspunkt in den Ausschüssen sollte auch den sachkundigen Einwohnern, die in diesen Ausschuß gewählt worden sind, Anfragen gestattet werden.

Sondersitzungen der StVV

Die Bestimmungen in Hauptsatzung und Geschäftsordnung sind genauer zu fassen und entsprechend anzuwenden. Das Recht der Abgeordneten auf Einberufung von Sondersitzungen ist zu sichern.

Arbeit mit dem Amtsblatt

Für das Amtsblatt sollen journalistische Grundsätze fixiert und Zugangsregeln für potentielle Nutzer des Amtsblattes beschlossen werden. Damit könnte das Amtsblatt die Bürgerbeteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung stärker widerspiegeln.

Veröffentlichung von Beschlüssen

Der Umgang mit nicht öffentlich gefaßten Beschlüssen ist in der Hauptsatzung zur Unterbreitung der GO näher zu definieren. Auch nichtöffentliche gefaßte Beschlüsse sollen im Regelfalle veröffentlicht werden.

Ortsbeiräte und Ortsbürgermeister aufwerten

Ausgestaltungsbedürftig ist z.B. die Art und Weise der »Anhörung« der Ortsbürgermeister und deren Information über Geschäfte der laufenden Verwaltung, die den Ortsteil betreffen.

Die materiellen und finanziellen Voraussetzungen für die Arbeit der Ortsbeiräte und der Ortsbürgermeister sind verbesserungsbedürftig. Aufwendungen für die Ortsteilarbeit (für Versammlungsräume, Bürobedarf, Infomaterial...) sind durch die Stadt zu decken.

Einwohnerversammlungen

Einwohnerversammlungen dienen lt. Gemeindeordnung der gemeinsamen Willensbildung von Stadtverordneten und Einwohnerschaft zu wichtigen Angelegenheiten des Ortsteils. Deshalb sollten mit der Einladung wichtige Themen benannt werden und die Diskussionsergebnisse in die Entscheidungsfindung der StVV einfließen.

Euro zusammenzubekommen haben 20 Bürgerinnen und Bürger jeweils zwischen 500 und 10.000 Euro in die Gesellschaft eingebracht. Dabei geht es den Gesellschaftern der »Bürgersolaranlage Eberswalde 1« nicht um möglichst hohe Renditen. Vielmehr soll ein Beispiel gegeben werden, daß Investitionen in Erneuerbare Energien auch für Bürgerinnen und Bürger ohne eigenem Hausdach und mit kleiner Geldbörse möglich sind.

Solidarische Ökonomie

Die Delegierten des 5. Parteitag der WASG Brandenburg haben am 2. Juni 2007 übereinstimmend dem Entwurf des umweltpolitischen Programms der WASG Brandenburg als Beitrag für die neue gemeinsame Partei, DIE LINKE zugestimmt. Um den Grundsatz der Nachhaltigkeit linker Umweltpolitik in seiner Ganzheit zu entsprechen, beschlossen die Delegierten als Auftrag an die AG Umwelt, eine weitere AG innerhalb der gemeinsamen Partei DIE LINKE ins Leben zu rufen. Diese AG soll sich – im Sinne der Nachhaltigkeit – mit sozialen Schwerpunkten im Land, Zielen sozialer Gerechtigkeit und Solidarischer Ökonomie beschäftigen. Dazu teile ich mit:

In Umsetzung des Parteitagsbeschlusses wurde am 27. Juni 2007 in Bernau die Arbeitsgruppe als landesweiter Zusammenschluß mit oben genannter Aufgabenstellung ins Leben gerufen. Dazu wurden von den Gründungsmitgliedern einstimmig der Gründungsauftrag, das Programm und eine vorläufige Satzung beschlossen. Sprecher wurde Dr. Steffen Hultsch.

Die AG trägt den Namen »AG zur Förderung des Aufbaus einer Solidarischen Ökonomie für Brandenburg«. Sie soll für alle Parteimitglieder und Nichtparteimitglieder offen sein. Ihre Aufgabenstellung besteht darin, aus weltweit gesammelten Erfahrungen praktizierter solidarischer Ökonomie, Modelle für einen zweiten Arbeitsmarkt für Brandenburg zu entwickeln und deren Umsetzung politisch einzufordern. Dazu strebt die AG eine enge Kooperation mit Erfahrungsträgern Solidarischer Ökonomie und mit weltweit tätigen Nichtregierungsorganisationen an, um deren Erkenntnisse für die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes für Brandenburg nutzen zu können.

Die AG leistet Hilfe zur Selbsthilfe für Betroffenenorganisationen von Arbeitslosen und Hilfeempfängern. Sie wirkt unterstützend bei Gründungsvorhaben von Unternehmen der Solidarischen Ökonomie und formuliert politischen Handlungsbedarf. Die Gründung der AG »zur Förderung des Aufbaus einer Solidarischen Ökonomie für Brandenburg« und die Gründungsdokumente wurden am 30. Juni dem sich konstituierenden Landesvorstand DIE LINKE auf seiner Tagung in Potsdam übergeben. Der Landesvorstand der Partei hat die Gründung der AG und deren Arbeitsaufnahme bestätigt. Die Gründung ist vollzogen.

Dr. STEFFEN HULTSCH

US-Kapital im Osten

Frankfurt/Oder (bbp). Die USA sind nach Aussage des US-Botschafters in der BRD, William R. Timken, der größte ausländische Investor in den neuen Bundesländern. Gegenüber der »Märkischen Oderzeitung« erklärte Timken: »Amerikanische Firmen haben hier mehr Jobs geschaffen als die Unternehmen aller anderen Länder«. In der Bundesrepublik arbeiteten insgesamt 700.000 Deutsche für US-Firmen.

Abgestraft

Eberswalde (bbp). »Bei den Abstimmungen zur Besetzung der Ausschüsse gibt es normalerweise keine Diskussionen«, meldete sich Johannes Madeja von der Fraktion Grüne/Freie Wähler zu Wort, als es am 27. Juni im Barnimer Kreistag um die Abberufung von Dr. Andreas Steiner als Sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuß für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft (A5) ging. Im konkreten Fall, so Madeja, könne auf einen Kommentar jedoch nicht verzichtet werden. Dr. Steiner war einst von der SPD in den Ausschuß berufen worden. Nach dessen Engagement für den Erhalt der Allee an der Kreisstraße zwischen Rüdnitz und Dannewitz beantragte die SPD-Fraktion die Abberufung aus dem Ausschuß.

Johannes Madeja lobte als Ausschußvorsitzender ausdrücklich Steiners »aktive und sachkundige Mitarbeit« und dankte ihm für sein Engagement. Die Abberufung wertete er als Disziplinierungsversuch, weil sich Dr. Steiner nicht an die Parteiräson gehalten habe. Es sei in jedem Fall ein Verlust für die künftige Arbeit im Ausschuß.

Prof. Jürgen Elsner, für DIE LINKE Mitglied im A5, bat die Einreicher um eine Begründung für die Abberufung. Diese sei ihm sachlich unverständlich. Damit traf Elsner den SPD-Fraktionsvorsitzenden Joachim Tonndorf offenbar an einer empfindlichen Stelle. Sichtlich pikiert antwortete Tonndorf, daß es nicht üblich sei, die internen Diskussionen der Fraktion öffentlich zu machen. Daher werde er den Antrag nicht kommentieren. Mit Stimmen der SPD, der CDU und aus der vorderen Sitzreihe der LINKEN fand der Abberufungsantrag eine ausreichende Mehrheit.

Oberschulen aufgelöst

Eberswalde (bbp). Nach der mehrheitlichen Zustimmung der Eberswalder Stadtverordneten waren am 27. Juni die Kreistagsabgeordneten gefragt, die vor anderthalb Jahren in die Wege geleitete Umstrukturierung der Eberswalder Schullandschaft abzuschließen. Auf der Tagesordnung stand die Vorlage »Auflösung von Oberschulen und Errichtung von Oberschulen mit integriertem Grundschulteil in der Stadt Eberswalde«. Eine Formalie, denn eigentlich hatte der Kreistag bereits im April darüber beschlossen. Allerdings wies der Beschlußtext, wie es schon so oft, einige formale Mängel auf. So hatte es die Kreisverwaltung versäumt, die jeweils geplante Zügigkeit der fusionierten Schulen in den Beschlußtext aufzunehmen. Zudem fanden die Förderklassen für Hörgeschädigte im ursprünglichen Text keine Erwähnung.

Nach entsprechenden Hinweisen aus dem Bildungsministerium präsentierte die Kreisverwaltung für den Kreistag am 27. Juni eine Ergänzungsvorlage. Bei mehreren Enthaltungen von Abgeordneten der Linken und der Grünen wurde die Vorlage mehrheitlich angenommen.

Landkreis soll fast 1,2 Mio Euro zahlen

Eberswalde (bbp). Im Januar 2007 war der Landkreis Barnim vom Landgericht Frankfurt (Oder) zur Zahlung von 1.174.905,68 Euro an die FEHR Umwelt Ost GmbH verpflichtet worden. Die FEHR Umwelt Ost GmbH ist Rechtsnachfolgerin der AWE Abfallwirtschaft Eberswalde GmbH, die bis zum Jahr 2002 für die Müllentsorgung im Landkreis Barnim zuständig war. Insgesamt hatte die FEHR GmbH fast 3 Millionen Euro eingeklagt. Damit wollte die Gesellschaft für entgangene Einnahmen in den Jahren 1998 bis 2002 entschädigt werden. Im Jahr 1998 war die Entsorgungssatzung dahingehend geändert worden, daß bei gleichbleibendem Müllaufkommen der Rhythmus der Leerungen gestreckt wurde, bei gleichzeitiger Verringerung der Zahl der im Umlauf befindlichen Mülltonnen. Die Vergütung der AWE orientierte sich nach dem Vertrag an der Anzahl der Entleerungen, so daß sich die Einnahmen der AWE verringerten. Die FEHR GmbH vertritt die Auffassung, daß der Vertrag zwischen Landkreis und AWE letzterer eine bestimmte Mindesteinnahme garantiert habe, die

nach 1998 unterschritten wurde und reichte eine entsprechende Klage ein.

Nach der Verurteilung hatte der Prozeßvertreter des Landkreises Barnim, Rechtsanwalt Dr. Dombert, dazu geraten, in Berufung zu gehen. Der Landrat erteilte vor Ablauf der Berufungsfrist am 6. März den entsprechenden Auftrag. Die Kreistagsabgeordneten wurden am 18. April darüber informiert.

Die FEHR GmbH legte ebenfalls Berufung ein. Beide Parteien haben inzwischen ihre Bereitschaft signalisiert, den Rechtsstreit außergerichtlich durch einen Vergleich zu beenden. Falls eine »für den Landkreis vertretbare Einigung« zustande kommt, wird diese dem Kreistag Barnim zur Beschlußfassung vorgelegt.



Engagierte Studenten an der FH

Es geht um den Artikel »FH nicht parteineutral« von Tom Meyer (BBP 7/2007, Seite 6). Richtig, »eine von Steuermitteln finanzierte Einrichtung sollte...« – wußten Sie, Herr Meyer, daß ein großer Teil des Haushaltes der FH Eberswalde aus Drittmitteln stammt?

Doch das ist ja erstmal egal. Viel entscheidender ist doch das Engagement der Studierenden (und nicht wie von Ihnen dargestellt das von Prof. Vahrson). Denn wenn diese politisch aktiv sind, dann geht das oftmals mit einzelnen Zielen der genannten Partei einher.

Haben Sie schon einmal das Leitbild der Fachhochschule gelesen? »Mit der Natur für den Menschen«. Außerdem sollten Sie sich mal das Studiengangangebot näher betrachten, dann dürfte ihnen klar werden, weshalb der Kontakt zu grünen Politikern gesucht wird. Auf der Internetseite der Stadt Eberswalde heißt es: »Die Stadt Eberswalde ist eingebunden in eine abwechslungsreiche Wald- und Seenlandschaft. Die beiden brandenburgischen Großschutzgebiete Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin und Naturpark Barnim reichen bis in das Stadtgebiet.«

Und da sind Sie gegen eine Zusammenarbeit mit dieser Partei? Stattdessen hätten Sie schreiben können: Sehr zu loben ist die Auseinandersetzung der Studierenden mit der Politik und der Stadtentwicklung.

Bitte verbreiten Sie nicht weiter solche Halbwahrheiten. Wenn Sie so etwas schreiben, möchte man auch wissen unter welchen Umständen die Kooperationen zu Stande kommen, nämlich auf Grund des Aktivismus der Studierenden, und denen wollen Sie sicherlich keine Neutralität abverlangen. Suchen Sie mal auf der Seite der FH oder auf dem Campus nach Spuren der genannten Partei. Ich bin mal gespannt, ob sie fündig werden. Und dann senden Sie mir doch gleich noch eine Absage der FH auf Anfragen anderer Parteien in Bezug auf Räumlichkeiten. Solche gibt es nämlich nicht, weder Anfragen, noch Absagen!

Allerdings finden regelmäßig Podiumsdiskussionen zu verschiedensten Themen mit hochkarätigen Gästen aus Politik und Wirtschaft statt. Ihr Intellekt sollte Ihnen ermöglichen, die Bedeutung solcher Veranstaltungen zu verstehen.

Ich finde es nicht in Ordnung, wie schlecht Sie über das vorbildliche Interesse der Studenten an dem politischen Geschehen schreiben. Und daß Prof. Vahrson uns dabei unterstützt, ist ja wohl ebenfalls positiv hervorzuheben. Nicht Prof. Vahrson, sondern Sie sollten sich schämen, ihm seine Meinung verbieten zu wollen und auch noch Forderungen zu stellen!

FALKO HAAK, Student an der FH Eberswalde

Armut in Eberswalde

Eberswalde (bbp). In der BRD leben etwa 11 Millionen Menschen in Armut, darunter etwa 2,5 Millionen Kinder. Armut hat heute viele Gesichter und bedeutet für die Betroffenen, insbesondere für die sozial Benachteiligten, vom gesellschaftlichen Leben, von der Kultur, dem Sport, ja sogar oft von der Bildung ausgeschlossen zu sein. »Diese Problematik ist auch in Ihrer Stadt präsent«, meinten Carsten Zinn und Marianne Wendt von der Gewerkschaft ver.di in der Region Uckermark/Barnim in einem Brief an den Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski. »Suppenküchen, lokale Tafeln, Bekleidungskammern, Möbellager und andere Hilfseinrichtungen berichten von einem steigenden Zulauf. Erwerbslosen- und Sozialverbände, Schuldnerberatungen und Gewerkschaften schlagen Alarm.« Die beiden Gewerkschafter fragten daher, ob es in Eberswalde durch die Verwaltung oder die Stadtverordnetenversammlung Festlegungen bzw. Beschlüsse zu einem Sozialticket, Sozialpaß oder ähnlichem gebe. »Sollte es andere verallgemeinerungswürdige Beispiele geben, um sozial Benachteiligten die Möglichkeit einzuräumen, weiterhin am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können, würden wir uns freuen, über diese in Kenntnis gesetzt zu werden.« Diese sollen, wenn nachahmenswert, weiterempfohlen werden.

In der Antwort von Bürgermeister Boginski heißt es:

Unsere Stadt vergibt seit dem Jahr 1998, entsprechend dem damals gefaßten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, einen Sozialpaß auf Antragstellung für Menschen mit geringem Einkommen, wie Grundsicherung und Arbeitslosengeld II, und ihren Haushaltsangehörigen. Dieser Sozialpaß wird auf Antrag und gegen Nachweis durch die Stellen des Fachdienstes Bürgerangelegenheiten für die Dauer jeweils eines Jahres ausgegeben und bei Bedarf auch bis zu dreimal verlängert.

Der Sozialpaß berechtigt zu Ermäßigungen um bis zu 50 % in den Kultureinrichtungen der Stadt Eberswalde einschließlich der Schwimmhalle. Die Höhe der Ermäßigung legen die Einrichtungen bzw. die VeranstalterInnen eigenverantwortlich fest.

Der Sozialpaß findet keine Berücksichtigung durch FremdveranstalterInnen, zum Beispiel im Familiengarten, im »Haus Schwärzetal« oder in der Sporthalle Westend.

Einige Einrichtungen der Stadt Eberswalde,

wie der Zoo oder der Familiengarten, haben in ihren überarbeiteten Satzungen nicht den Sozialpaß berücksichtigt, gewähren aber Ermäßigungen für o. g. Gruppe sowie für Kinder, Schwerbehinderte u. a. m.

Der Sozialpaß erfreut sich großen Zuspruchs. So wurden im Jahr 2006 260 Sozialpässe neu ausgestellt, zusätzlich aber auch solche aus den Vorjahren verlängert.

Der Betreiber des verpachteten »Hauses Schwärzetal« führt entsprechend den mit der Stadt ausgehandelten Vereinbarungen und entsprechend seiner Firmenphilosophie eine Vielzahl von beliebten Veranstaltungen mit geringem Eintrittspreis durch, wie die »Duft Familie«, »Oldie-Nacht« u. a. m. Natürlich müssen in dem Haus aus wirtschaftlichen Gründen auch Fremdveranstaltungen zugelassen werden, wobei die Preisgestaltung den VeranstalterInnen überlassen werden muß.

Für ein Sozialticket wäre der Landkreis Barnim als Träger des ÖPNV Ihr Ansprechpartner.

Die Stadt Eberswalde wird sich aber beim Landkreis dafür einsetzen, daß ein Sozialticket beschlossen wird, so daß die Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen nicht behindert wird.

Die Stadt Eberswalde setzt sich aber nicht nur mit dem Sozialpaß bzw. anderen Ermäßigungsregelungen dafür ein, daß Menschen mit geringem Einkommen in das soziale Leben weitgehend einbezogen werden können, sondern sie gewährt trotz angespannter Haushaltslage seit Jahren Zuschüsse dem Arbeitslosenzentrum, der Schuldnerberatung, der Verbraucherzentrale und dem Frauenhaus. Darüber hinaus erhalten Träger von Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege auf Antrag Zuschüsse für Projekte.

Ich denke, Sie können erkennen, daß die Stadt Eberswalde im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, durchaus viel tut, um sozial benachteiligte Menschen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu unterstützen.

»Welches Ausmaß hat Armut inzwischen in Ihrer Stadt erreicht? Gibt es regelmäßige Sachstandsanalysen diesbezüglich in der Stadtverordnetenversammlung und in der Verwaltung?«, lauteten weitere Fragen auf die Bürgermeister Boginski wie folgt antwortete:

Es ist uns allerdings nicht möglich, zu analysieren, welches Ausmaß Armut in Eberswalde erreicht hat. Eine solche Analyse wäre nur auf der Grundlage einer umfassenden Datenerhebung möglich, die jedoch sehr aufwendig ist. Überdies gäbe es hierbei datenschutzrechtliche Probleme. Insofern gibt es auch keine regelmäßigen Sachstandsanalysen.

Gleichlautende Fragen wurden von ver.di auch an die Bürgermeister der Städte Angermünde, Bernau, Prenzlau, Schwedt und Templin sowie an die Landräte der beiden Kreise Uckermark und Barnim gerichtet.

Ein Gestaltungswettbewerb für die Oderblüte

»Geld ist wie ein Eisenring durch die Nase. Wir haben vergessen, daß wir es geschaffen haben, und es führt uns nun durch die Arena. Ich denke, es ist an der Zeit herauszufinden, wohin wir wollen – nach meiner Meinung Richtung Nachhaltigkeit und Gemeinschaftlichkeit, um dann ein Geldsystem zu kreieren, das uns genau dorthin führt.«

In diesem Sinne der Nachhaltigkeit und Gemeinschaft hat der gemeinnützige Verein »Barnim Uckermark Regional e.V. – Verein für eine nachhaltige regionale Entwicklung« ein regionales Zahlungssystem, die »Oderblüte«, entworfen und im Rahmen der Eröffnung des neuen Kreishauses »Paul Wunderlich« am 1. Juli in Eberswalde öffentlich vorgestellt. »Unsere Mühe hat sich gelohnt, unser Auftritt war ein voller Erfolg« freute sich Initiator Dr. Hans-Jürgen Fischbeck. Dazu wurde im Vorfeld fleißig an dem neuen, den Euro ergänzenden regionalen Gutschein »Oderblüte« gearbeitet. Ein freundliches Design mit dem Adonisröschen, dem Logo der Oderblüte, und Motiven regionaler Identität wurde entwickelt. Dabei mußten Vorgaben der Bundesbank für Nebengelder berücksichtigt werden.

Die »Oderblüte« ist mehr als nur ein einfaches Zahlungsmittel. Sie ist ein kleines grafisches Kunstwerk. Wenn der verknappte Euro nicht mehr allein das Feld beherrscht, kann man uns auch nicht mehr mit ihm an der Nase herumführen, meinen die Initiatoren um Diplomvolkswirt Matthias Karkuschke.

Die Vorderseiten der ersten, bis Frühjahr 2009 gültigen Edition soll mit Fotografien bekannter Bauwerke der Uckermark und des Barnims gestaltet werden. Die Hunderter-Gutscheine sind für jeweils ein Naturmotiv aus dem Nationalpark Unteres Odertal bzw. der Biosphäre Schorfheide-Chorin vorgesehen. So soll der heimatliche Charakter des Regiogeldes unterstrichen und unsere schöne Landschaft gewürdigt werden. Für die Edition 2009 wollen wir Künstlern aus Barnim und Uckermark die

Bernard Lietaer, ehem. Belgische Zentralbank

Möglichkeit geben, sich durch die Wiedergabe eines ihrer Werke auf je einem Gutschein zu unserer Region zu bekennen. Auf der Rückseite können regionale Unternehmen, Vereine oder Institutionen ihre Werbung darstellen, eine Werbung, die von Hand zu Hand geht. Mit den Werbeeinnahmen sollen die jährlich zu gestaltenden Oderblüten finanziert werden.

Zuerst aber ruft der Verein zum Mitgestalten auf und bittet um die Zusendung von Fotografien an den Verein Barnim-Uckermark Regional e.V., Heike Becker, Markgrafenring 4, 16303 Schwedt/Oder, info@wirtschaftsringbarum.de. Einsendern, deren Fotos Motiv für die Oderblütengutscheine werden, winkt jeweils eine Sammleredition der Oderblüte 2008.

HEIKE BECKER, Vorsitzende des Barnim-Uckermark Regional e.V.

In ihrem Bericht über die Eröffnung des Kreishauses berichtete die MOZ am 2. Juli, daß auf dem Markt »... auch das eine oder andere Protestplakat...« zu sehen war. »da ging es etwa um Mindestlohn, Müllverbrennung und Militäreinsätze«. Zur Illustration einige Fotos der Plakate und die Reaktion der Redner:



Kanzlerin Merkel besuchte Eberswalde

Die Bürokratie feiert sich selbst

Am 1. Juli besuchte Kanzlerin Merkel Eberswalde. Grund ihres Besuches war die Einweihung des neuen Kreishauses. Neben Merkel standen auch Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck und die üblichen politischen Lokalgrößen auf der Bühne. Mehrere Tausend – meist ältere – Menschen waren auf den Marktplatz gekommen, um »ihre« Kanzlerin zu sehen.

Erliehe Leute aus örtlichen Bürgerinitiativen nutzten die Gelegenheit, um ihre Forderungen und ihre Kritik mit Transparenten und Schildern sichtbar zu machen. So wurde per Spruch gefragt, wann die Bundesregierung denn endlich »richtige« Umweltpolitik machen würde, was sie gegen die Arbeitslosigkeit vor allem älterer Menschen tun wolle. Auch der Appell nach Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan wurde kundgetan.

Doch wie immer bei solchen Anlässen ist die Bevölkerung als Kulisse für die Medien zum Beifall klatschen willkommen – ihre Forderungen aber werden ignoriert. So ging auch kein einziger der hohen RednerInnen auf die Meinungen des niederen Volkes ein. Stattdessen wurde man nicht müde sich gegenseitig zu loben und Optimismus zu verbreiten.

Das nach dem Hamburger Künstler Paul Wunderlich benannte Kreishaus wurde so auch als Beispiel für Energie sparendes Bauen und die Anstrengungen bürgerlicher Politik hingestellt, etwas für die Umwelt zu tun. Daß das mit einem Aufwand in Höhe von 37 Millionen Euro geschah, der vielleicht besser in die umweltgerechte Sanierung von Altbauten gesteckt worden wäre, wurde nicht erwähnt, genauso wenig der jahrelange Kampf sehr vieler BürgerInnen und auch einiger Abgeordneter gegen den Mammutbau der Bürokratie im Herzen der Stadt, der diese dadurch auch nicht gerade verschönert.

Trotz aufwändiger Inszenierung der Veranstaltung mit Musikumrahmung, großer Bühne, »Volksfest« usw. und der vor Eigenlob und aufgesetztem Optimismus strotzenden Reden hielten sich die Begeisterung und der Beifall der EberswalderInnen in Grenzen. Viele waren skeptisch und dachten sich »ihren Teil« bei den Ausführungen ihrer »Oberen«.

Gerade deshalb war es auch mehr als peinlich, daß weder die Linkspartei noch ihre Jugendorganisation SOLID, die beide tags zuvor noch den »Roten Sommer« gefeiert hatten, in irgendeiner Form präsent waren. Keine Forderung, keine Kritik, kein Stand – das ist die neue Dynamik der fusionierten Linkspartei! Fatal ist diese Abstinenz auch deshalb, weil sich Kanzlerin Merkel beim G8-Gipfel im Juni als Vorreiterin für den Klimaschutz aufgespielt hatte. Angesichts des ökologischen Null-Ergebnisses der G8 wäre allein deshalb lautstarker Protest gegen Merkel nötig – und populär – gewesen.

Die unentschuldbare Inaktivität der Linkspartei und ihrer Mandatsträger in der Region erklärt sich aber leicht, wenn man daran denkt, wie schnell und eifrig man nach den Auseinandersetzungen mit den polizeilichen Knüttelgardien in Rostock am 2. Juni »die Gewalt« verurteilt und sich damit loyal auf die Seite des repressiven bürgerlichen Staates gestellt hatte. Anscheinend ist man inzwischen schon zu feige, öffentlich Kritik zu äußern – könnet ja sein, daß man damit die nächsten potentiellen Regierungspartner in Eberswalde, in Berlin oder sonst wo verprellt.

Ein Tip an die Linkspartei fürs nächste Mal, wenn Angie irgendwo auftaucht - kommt wenigstens, um vor den hohen Bütteln des Kapitals öffentlich auf die Knie zu fallen.

REINHARD GEYER,
Netzwerk Linke Opposition

Kommt oft vor - der Populismusvorwurf

Gern und oft ziehen Konservative und Demagogen die verbale Notbremse, wenn sie in Diskussionen mit Linken in die Ecke gedrängt werden. Mit Sicherheit wird dann das Wort POPULISMUS gezückt. Zum einen entbindet der Vorwurf, ein Argument sei populistisch, von der Auseinandersetzung mit selbigem, zu der man sich außerstande sieht; zum anderen soll der Mann, der es vertritt, beiläufig gedemütigt werden. Das nimmt mitunter makabre Züge an. Gysi wurde, als er Münze, den Franz mit dem knalleroten Halswickel, per Zitat an eine fast schon ein bißchen – ein bißchen nur – kecke, das Kapital mehr kitzelnde als ohrfeigende Äußerung erinnerte, vom Vizekanzler populistischen Auftretens bezichtigt. Man kann doch einem Ehrenmann nicht seine eigenen Worte vorhalten...!

Populist ist in den Augen der Lakaien des Kapitals vor allem jemand, der positive soziale Veränderungen anstrebt und einleuchtende Vorschläge macht. Dabei wissen die Herrschafte, daß es Realismus ist, wenn z.B. auf Möglichkeiten verwiesen wird, die Explosion der Managergehälter zu dämpfen und Mindestlöhne einzuführen. Da wird dann selbst ein gewesener Ministerpräsident, SPD-Chef, Kanzlerkandidat und Bundesminister schamlos abgewatscht. Wohl auch, weil er sich beharrlich weigerte, den Rechtsruck der SPD mitzumachen. Schöne Gelegenheit zur Rache und Abtötung des eigenen Gewissens.

Manchmal freilich, wenn das Wasser hoch bis zum Halse steht, greifen die »Mächtigen« später auf, was sie dereinst als populistisch verteilten. So kommt man in einigen Bundes-

ländern auf die PDS-Empfehlung zurück, Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich zu schaffen. Das von den Linken in den 90er Jahren vorgeschlagene Modell beklatschen hörige Medien nun als »kreativ«, »solide« und »praktikabel«. Donnerwetter! Merke: Populisten sind immer die Linken! Merke weiterhin: Wenn sich der dicke Gabriel mit uns Liebling Knut auf dem Rasen wälzt, wenn der unkaputtbare Clown aus dem Kohl-Kabinett Norbert Blüm der Silikon-Dolly auf den Schoß hüpf, wenn Frau Simonis in einem der Schmuddelsender als Eintänzerin losschwebt, wenn eich ein Parteiführer im Idiotencontainer einfindet – dann ist das Ausdruck wahrer Volksverbundenheit. Und bis ins Detail von den Medienberatern inszeniert. Populismus ist ganz was anderes

Dr. STEFFEN PELTSCHE

Gerichtsurteile verstehen – leicht gemacht

»Zahlt – denn nur das ist gewollt«

von Johannes Madeja

Heute geht es um ein Urteil, das zwar schon vor sieben Jahren gesprochen wurde, trotzdem aber noch immer von großer Bedeutung ist. Es handelt sich um ein Urteil des Landesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2000. Den Anlaß für diesen Rückblick gab Herr Stennert, der unter der Überschrift »Hase und Igel in Brandenburg?« im »Blitz« vom 30.06.07 einen Kommentar veröffentlichte.

Herr Stennert fragt: »Geht die Rechtsprechung in Brandenburg weiter den Weg der bundesweiten Isolation und der wirtschaftlichen Vernichtung der Zweckverbände?« Wer so fragt, hat immer noch nicht gemerkt, daß an brandenburgischen Gerichten in Sachen Wasser von Rechtsprechung keine Rede sein kann, sondern allenfalls von Urteilspraxis. Die Gerichte haben bisher – wo nur irgend möglich – versucht, die Position der Zweckverbände zu Lasten der Bürger zu stärken. Hierbei erinnere ich an das Skandalurteil des Landesverfassungsgerichts vom 20.01.2000 (VfGBbg 53/98, 3/99), mit dem die Richter das Zweckverbandsstabilisierungsgesetz und damit ungezählte Gesetzesverstöße der Zweckverbände zwar nicht gut, aber doch zulässig geheißen haben.

Das praktische Ergebnis ist kurz folgendes: Die drei klagenden Gemeinden, die nicht mehr »ihrem« Zweckverband angehören wollten, müssen Mitglieder bleiben, obwohl sie nie beigetreten waren. So will es das Stabilisierungsgesetz und so wollen es auch die Verfassungsrichter. Das Gesetz bewege sich an der Grenze des Vertretbaren, habe diese aber nicht überschritten. Eine »geordnete Abwasserentsorgung« und der Wasser- und Bodenschutz hätten die höhere Priorität. Da darf der Gesetzgeber schon mal in die Entscheidungsgewalt einer Gemeinde eingreifen. Mit diesem Urteil waren die Zweckverbände gerettet. Auch Gemeinden, die »ihrem« Zweckverband nie wirklich beigetreten waren, gelten als Mitglieder. Was in erster Linie bedeutet, daß sie zu zahlen haben.

Das muß man nicht verstehen! Das kann man nicht verstehen! Man kann es nur zur Kenntnis nehmen. So werden die Zweckverbände von den Gerichten geschützt, in Brandenburg besonders wirksam. Weitere Urteile, insbesondere den sog. Anschluß- und Benutzungszwang bei Wasser und Abwasser betreffend, sorgten dann dafür, daß jeder Versuch umweltbewußter Bürger, ihre Wasserprobleme wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll selbst zu lösen, erschwert, fast unmöglich wurde.

Nachdem das Verfassungsgericht dafür gesorgt hat, daß die Verbände als rechtsgültig entstanden gelten und die Gemeinden zwangsläufig Mitglieder bleiben müssen, obwohl sie das niemals wirklich wollten und schon längst nicht mehr wollen, haben die Verwaltungsgerichte dafür gesorgt, daß das Geld aus den Taschen der Bürger in die Kassen der Verbände fließt. Damit haben die Zweckverbände das erreicht, was sich jeder Unternehmer wünscht:

Monopolstellung ohne Konkurrenzdruck und Gebietsschutz. Dazu vom Landrat verordnet und vom Kreistag abgesegnet die Vollstreckungshoheit für die eigenen Forderungen. Die müssen nicht leistungsgerecht sein und richtig kalkuliert schon gar nicht! So läßt es sich leben! Alles wird abgesegnet durch selbst verordnete Satzungen, die nicht einmal von der Kommunalaufsicht des Landkreises geprüft werden und die oft genug bei der ersten gerichtlichen Überprüfung durchfallen.

Aber wer sorgt dafür, daß eine solche Überprüfung stattfindet? Niemand, wenn nicht betroffene Bürger, die sich ein solches Verfahren finanziell leisten können, oder Bürgerinitiativen, die etwas Geld gesammelt oder gespart haben. Solange das Oberverwaltungsgericht nicht die Nichtigkeit der Satzung festgestellt hat sieht jeder Verwaltungsrichter eine Satzung als geltendes Recht an. Auf – auch grobe – Fehler kommt es nicht an!

Daß es trotzdem eine große Zahl von Verfahren gibt, bei denen Bürger gegen ihren Zweckverband vor Gericht obsiegt haben, ist nach Auffassung der Verbände allenfalls ein Schönheitsfehler, vorzugsweise nur auf Formfehler zurückzuführen. Daß die Verbände es hier oft zu arg getrieben haben und in ihrer Abzockermentalität zu weit gegangen sind, das wird natürlich so deutlich nicht gesagt, in keinem Urteil! Das ist nun wirklich kein Problem der Gerichte, meinen die Richter. Es darf hier durchaus erwähnt werden, daß die Bürger oft sehr standhaft erst mehrere sog. »Vergleichsangebote« der Gerichte ablehnen mußten, ehe das Urteil zu ihren Gunsten – widerwillig – gesprochen wurde. Oft genug knicken die klagenden Bürger schon beim ersten Vergleichsangebot ein. Daß solche Verleiche für die Zweckverbände geradezu ein Schnäppchen sind, muß wohl nicht besonders betont werden.

Aus bisher ergangenen Urteilen und dem Gesamtverhalten der Gerichte zu entnehmen, daß diese eine wirtschaftliche Vernichtung der Verbände betreiben, ist nun wirklich abwegig! Die Urteilspraxis, insbesondere des Verwaltungsgerichts Frankfurt/Oder, beweist genau das Gegenteil. Der Vergleich von Herrn Stennert hinkt gewaltig. Er lehnt sich zwar an eine Fabel an, ist aber keineswegs fabelhaft. Wenn hier jemand der Hase ist, dann ist es der Bürger, der im Dreieckskurs zwischen den Igel, dem Zweckverband, den Verwaltungen und Gerichten so lange gescheucht wird, bis er entnervt aufgibt und zahlt – nur das ist gewollt!

Lila ist schon verkauft!

Lila ist nicht eine Farbe unter vielen, sondern der erste Wellenlängenbereich im Privatigentum. Inhaber der natürlich legal gegen Mißbrauch oder Raubkopie geschützten geistigen Leistung, diese Wellenlänge für Süßwarenverpackungen auszusuchen, ist eine Schokobude irgendwo in den Alpen, die angesichts des neuen Urheberrechts und der in Deutschland beispiellosen Abmahn-Förderung der zartesten Versuchung einer feindlichen Übernahme eines ganzen Wellenlängenbereichs einfach nicht widerstehen konnte oder wollte.

Welche Auswirkungen dieser Präzedenzfall auf die Abmahnwelle und andere Zustände, Eigenschaften und Wertesysteme haben wird, ist derzeit Gegenstand internationaler Debatten, wie der Artikel zur Zukunft der Musikindustrie belegt (»Kann kopieren Sünde sein« in BBP 7/2007). Wußten Sie, daß man Musikinstrumente, Weingläser, Angelsehne und sogar Töpfe und Kämmen zum Raubkopieren geistigen Eigentums (Tonfolgen, Rhythmen, ...) mißbrauchen kann? Selbst menschliche Stimmen sind inzwischen ins Visier geschäftstüchtiger Piratenjäger geraten, seit Osama Bin Laden mit seiner Klage gegen das Pentagon die Produktion weiterer Trickfilme in einstweiliger Eilverfügung stoppen konnte. Im Pentagon schwankt man nun zwischen Einsatz einer OpenSource-Stimme für weitere Videokunstwerke oder einem Vergabestopp bei internationalen Militärbaustellen für den bisher begünstigten Bin Laden Baukonzern. Bin Laden bestand angeblich auf erhöhte Zuwendungen für seine Agententrainingslager in den Wüsten dieser Welt, die sich als Lizenzgebühr [von lizenzieren, nicht von lizenzieren!] für die Nachnutzung seiner Stimmlage harmonisch in jedes demokratisch abgesegnete Staatsbudget einfügen würden. Auch Frau Dr. Angela Merkel riet von den herkömmlichen Schwarzkofferlösungen für lichtempfindliche Transferleistungen ab. Wo wir gerade wieder von der Miss Wirtschaft (G8) reden, schnell zurück zum Thema: Wer hätte einer derart häßlichen Farbe solche Wirkungen auf die große Politik zugetraut?

PETER SPANGENBERG

Mitarbeiter für UNICEF

UNICEF (engl.: United Nations International Children's Emergency Fund) heißt das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen. Zur Unterstützung bei der Spendensammlung für Kinder in Not gibt es in Deutschland 139 UNICEF-Gruppen. Eine davon in Eberswalde. Zur Unterstützung ihrer Arbeit sucht UNICEF-Eberswalde weitere ehrenamtliche Mitarbeiter. Besonders wünschenswert wäre es, wenn sich Jugendliche für diese wichtige Aufgabe finden würden. Die wesentliche Arbeit liegt im Verkauf von Grußkarten, deren Erlös als Spende den UNICEF-Projekten zu Gute kommt. Weitere Infos: www.eberswalde.unicef.de

MARTIN HOECK 9

Plakataktion der BI gegen die Müllverbrennungsanlage

Nachdem die Steil-Pläne zum Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage in Eberswalde bekannt geworden waren, entwickelte sich ein gewaltiger Proteststurm. Nach der Auslegung der Unterlagen wandten sich rund 4000 Bürger mit schriftlichen Einwendungen gegen die Anlage an das Landesumweltamt. Diese Einwendungen wurden im Anhörungstermin Ende März vier Tage lang unter Leitung des Landesumweltamtes erörtert. Seither ist viel Zeit ins Land gegangen. Das Protokoll der Erörterung kam erst Ende Mai. Die Entscheidung über die Genehmigung ist voraussichtlich erst am Jahresende zu erwarten. Eine lange Zeit der relativen Ruhe, auf die vielleicht auch das Landesumweltamt hofft, daß sich die Gemüter beruhigen.

Es ist aber keine Phase der Ruhe, sondern eine Phase der gespannten Aufmerksamkeit. Jede öffentliche Äußerung zum Thema Müllverbrennung wird sofort aufgegriffen und erfährt eine entsprechende Reaktion.

Die Anwesenheit von Angela Merkel anlässlich der Einweihung des neuen Kreishauses wurde von der Bürgerinitiative für den Kampf gegen die Müllverbrennungsanlage genutzt. Mit zehn großflächigen Transparenten forderte die Bürgerinitiative den Verzicht auf die Sondermüllverbrennungsanlage, eine gute Umweltpolitik, die Sicherung der Kindergesundheit, die Vermeidung des Mülltourismus. Auch

der ebenfalls anwesende Ministerpräsident Platzeck wurde zur Verhinderung der Sondermüllverbrennungsanlage aufgefordert.

Es wirft schon ein bezeichnendes Bild auf die anwesenden Politiker, angefangen von Bürgermeister Boginski, Landrat Ihrke über Ministerpräsident Platzeck bis zur Bundeskanzlerin Merkel, daß sie von einer Tribüne – immer diese großen Tarnspalten vor Augen – sprechen, ohne auch nur einen einzigen Satz dazu zu sagen, daß es offenbar vielen Menschen auch an einem solchen Tag wichtig ist, ihre Besorgnisse zum Ausdruck zu bringen.

Dabei war viel von Ökologie des neuen Kreishauses die Rede. Der gerade abgehaltene G8-Umwelt-Gipfel war weiter hinreichend Grund, auf die zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse zu reagieren.

Um öffentlich deutlich zu machen, daß das Problem Müllverbrennungsanlage nicht vom Tisch ist, wie manche Bürger glauben, läuft seit Juni eine Aktion mit Transparenten, die vor allen in Lichterfelde und in Finow auf das noch immer bestehende

Problem hinweisen. I-Tüpfelchen der Aktion war die kurzzeitige Anbringung eines Transparentes an der Spitze des Finower Wasserturms.

Das Thema Müllverbrennungsanlage ist erst erledigt, wenn die Genehmigung der Anlage versagt wird. Falls das Umweltamt genehmigen sollte, wird mit Sicherheit gerichtlich dagegen vorgegangen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird es aber auch ein Thema der nächstjährigen Kommunalwahlen sein.

OTTO BAAZ



Barnimer Umweltpreis verliehen

Am 15. Juni verliehen Andreas Fennert, Eberswalder Stadtverordneter für Bündnis 90/Die Grünen und Karl-Dietrich Laffin, Sprecher des bündnisgrünen Kreisverbandes, den 12. Barnimer Umweltpreis. Die Jury entschied sich in diesem Jahr für die Vergabe von einem ersten und zwei zweiten Preisen und sprach eine Anerkennung aus.

Über den 1. Preis in Höhe von 300 Euro konnten sich die Kinder von der **Natur- und Umwelt-AG Eberswalde** gemeinsam mit ihren Betreuerinnen Anke Kayser und Sefanie Lüdicke freuen. Die Jury würdigte insbesondere, daß es durch die Kooperation von NABU, BUND und Forstbotanischem Garten der FH gelang, eine Jugendumweltgruppe in Eberswalde zu gründen. Schüler im Alter von 9 bis 13 Jahren haben so seit Herbst 2006 die Möglichkeit, sich einmal wöchentlich zu treffen und sich mit selbst gewählten Themen und Projekten im Bereich Natur- und Umweltschutz zu beschäftigen. Bereits in Angriff genommen wurden ein Waldprojekt, die Beschäftigung mit fast vergessenen Nutzierrassen, die Umgestaltung eines alten Bauwagens zum zukünftigen Treffpunkt und der Bau eines Insektenhotels.

Den 2. Preis teilen sich der Absolvent der Eberswalder Fachhochschule Daniel Fischer und der Verein Ökodorf Brodowin e.V. Beide

Preisträger bekamen neben der Urkunde ein Preisgeld in Höhe von jeweils 200 Euro überreicht. **Daniel Fischer** begann gleich nach Beginn seines Studiums in Eberswalde im Jahr 2001 sich ehrenamtlich im Naturschutz und in der Umweltbildung zu engagieren. Er entwickelte dabei vielfältige Initiativen, organisierte Vorträge, Führungen und Workshops. Besondere Verdienste erwarb er sich mit dem von ihm initiierten Projekt Permakulturgarten. In Zusammenarbeit mit dem Forstbotanischen Garten und unterstützt von studentischen Mitstreitern schaffte er es, auf einer ehemals unkultivierten Fläche einen arten- und strukturreichen Nutzgarten anzulegen. Dieser dient jetzt zu Anschauungs- und Forschungszwecken zur Permakultur, einer dauerhaft nachhaltigen Form der Landnutzung, und kann von Besuchern des Botanischen Gartens besichtigt werden. Der Verein **Ökodorf Brodowin e.V.** mit seinem Vorsitzenden Dr. Martin Flade setzt sich seit langem für eine nachhaltige Entwicklung im Raum Brodowin ein. Regelmäßig werden Veranstaltungen und naturkundliche Führungen organisiert. Die Mitglieder des Vereins pflegen wertvolle Flächen, führen Artenschutzmaßnahmen durch und setzen sich für die Verbesserung des Wasserhaushaltes in der Gemarkung ein. Der Verein betreut zudem die

Ausstellung »Von der Eiszeit bis zum Ökodorf« und ist Träger des Projektes »Naturschutzhof Brodowin«. Demnächst soll am Dorfanger ein Informations- und Ausstellungshaus errichtet werden.

Mit einer Anerkennung geehrt wurde der **Barnimer Baumschutzstammtisch**. Er ist aus der Initiative zur Rettung der Allee Rüdnitz-Danewitz hervorgegangen und soll zu einem dauerhaften Arbeitskreis für den Baumschutz im Barnim werden. Für den Erhalt der Danewitzer Allee haben sich die Mitglieder der Gruppe sehr engagiert eingesetzt. Sie organisierten Baumbesetzungen, sammelten Spenden und Unterschriften, erhoben Daten und leisteten Öffentlichkeitsarbeit.

Der Barnimer Umweltpreis wird jährlich, nunmehr bereits zum 12. mal, im Zusammenhang mit dem Weltumwelttag am 5. Juni vergeben. Er soll Anerkennung und Ansporn sein für besonderes ehrenamtliches Engagement im Naturschutz, insbesondere in der Naturschutzarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Gestiftet wird der Preis in Höhe von 750 Euro zum überwiegenden Teil von dem Stadtverordneten Andreas Fennert, der dafür seine Aufsichtsratsbezüge zur Verfügung stellt, sowie vom Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Offener Brief des Barnimer Baumschutzstammtisches an Minister Dellmann

»Alleenkonzepht ist unausgereift«

Als Barnimer Baumschutzstammtisch, der aus der Initiative zur Rettung der Allee Rüd-nitz-Danewitz-L29 hervorgegangen ist, möchte wir Dir in Form eines Offenen Briefes unsere kritische Stellungnahme zur neuen Alleenkonzepht »Strategie 21 für die Alleen in Bran-denburg« zukommen lassen.

In der neuen Alleenkonzepht heißt es, daß die Brandenburgischen Alleen überaltert und am Ende ihres Lebenszyklus angekommen sei-en. Wir teilen diese Auffassung nicht. Im Land Brandenburg gibt es etliche Alleen, die sogar mehrere hundert Jahre alt sind. Nicht die Al-leebäume sind überaltert, vielmehr sind die Umweltbelastungen an den Straßen, insbeson-dere durch den zumeist unverhältnismäßig hohen Einsatz von Tausalz, rapide angewachsen. Dies führt Jahr für Jahr in erheblichem Maße zu einer Reduktion unseres Straßenbaumbe-standes. Studien haben gezeigt, daß junge Bäu-me, durch Trockenperioden verstärkt, eine deutlich höhere Empfindlichkeit gegenüber Tausalz als Altbestände haben.

Ungeachtet der Tausalzproblematik sind die in der neuen Konzepht vorgesehenen Allee-neubegründungen an noch baumfreien Stras-sen positiv. Negativ ist, neben dem eingeplan-ten drastischen Rückgang des Alleenbestandes in den nächsten 20 Jahren, vor allem, daß zukünftig weniger der Einzelbaum in den Mit-telpunkt gestellt, stattdessen verstärkt ganze Alleenabschnitte neu gepflanzt werden sollen. Das heißt: Künftig sollen lückenhafte Alleen-abschnitte komplett der Kettensäge geopfert und durch junge Bäume ersetzt werden. Wir betonen, daß unsere hier angebrachte Kritik sowohl von Fachleuten des Landesumweltam-tes, von den kommunalen Naturschutzbehör-den als auch von den Naturschutzverbänden geteilt wird. Eine konsequente Umsetzung der nach unserer Einschätzung im Sinne der Ver-kehrs- und Baulobby ausgearbeiteten neuen Strategie würde das Aus für viele alte, vitale Alleen bedeuten. Die Argumente des Landes-betriebes Straßenwesen sind hinlänglich be-kannt, wenn Alleeebäume im Zuge von Stra-ßenenerungs- und -verbreiterungsmaßnahmen weichen sollen. Ein Totschlagargument der Behörden ist: »Die Bäume sind alt und krank und wir haben eine Verkehrssicherungspflicht«.

In der Alleenkonzepht wird innerhalb der nächsten 80 Jahre ein komplettes Auswechseln des Alleenbestandes im Land gefordert. Dies wird den naturschutzfachlichen und land-schaftskulturellen Zielen nicht gerecht. Nicht »streichholz dünne Bäumchen« an den Straßen, sondern die alten stattlichen Alleeebäume sind das Markenzeichen Brandenburgs.

Derzeit prüft Dein Ministerium, ob und in-wieweit Landesgesetze geändert werden müs-sen, um die Alleenkonzepht rechtlich zu un-termauern. Dabei geht es faktisch darum, den

Alleenrunderlaß »Nachhaltige und verkehrsge-rechte Sicherung der Alleen in Brandenburg« aus-zuhöhlen, der Bezug nimmt auf den § 31 des BbgNatSchG »Alleen dürfen nicht beseitigt, zer-stört, beschädigt oder sonst erheblich oder nachhal-tig beeinträchtigt werden«. Dies kommt einer Kap-italulation vor der politischen Realität gleich. Denn seit dem Inkrafttreten dieses Runderlas-ses kommt man mit Lückenpflanzungen nicht nach. Begutachtung und Pflege alter Alleeebäu-me bedeuten einen erhöhten zeitlichen und fi-nanziellen Aufwand. Deutlich wird, daß für den Erhalt unserer wertvollen alten Alleen einfach zu wenig Geld eingestellt wird.

Wir sind der Auffassung, daß es in der Pflicht des Landes Brandenburg liegt, seine alten Al-leen als kulturelles Erbe nach bestem Wissen und Gewissen zu pflegen, gleichsam den Ein-satz von baumschädlichen Tausalz drastisch zu verringern und darüber hinaus im Sinne des re-gionalen Natur- und Umweltschutzes EU-För-dermittel für den Erhalt dieser einzigartigen Kulturlandschaft effektiv einzuwerben.

Wir fordern, daß entstandene Lücken in den Baumreihen konsequent und zeitnah nachge-pflanzt werden. Nach einigen Jahren würden die jungen Bäume diese Bereiche auffüllen und eine nach optischen Gesichtspunkten harmo-nische Alleenstruktur erschaffen. Zahlreiche Beispiele belegen, daß dies bereits erfolgreich praktiziert wurde. Die in der Alleenkonzepht angestrebte ausgeglichene Altersstruktur, wel-che man durch gleichaltrige Jungbäume errei-chen will, ist ohnehin eine rein theoretische Überlegung. Denn in den Jahrzehnten des Auf-wachsens gleichaltriger Jungbäume wird es im-mer wieder Baumausfälle geben, die (möglichst zeitnah) ersetzt werden müssen. Aber auch et-liche andere Fragen sind noch offen, z.B. mit welchen Baumarten, mit welchem Abstand zum Fahrbahnrand und an welchen Straßen auf sinnvolle Weise neue Alleen begründet werden könnten.

Wie dargelegt halten wir die unausgereifte neue Brandenburgische Alleenkonzepht für sehr bedenklich. Deshalb bitten wir Dich um die Veranlassung einer grundlegenden Überar-beitung der Strategie 21, bevor sie in den Landtag geht und bevor hierfür Änderungen in den Naturschutzgesetzen des Landes Bran-denburg vorgenommen werden müssen.

Gleichzeitig richten wir hiermit einen drin-genden Appell an alle Baum- und Alleenex-perten. Wir rufen sie auf, ihren Sachverstand einzubringen und möglichst in einer konzerti-erten Aktion eine grundlegende Überar-beitung des Alleenkonzephtes einzufordern. Da die Konzepht diesen Monat bereits dem Kabinett vorgestellt und im September schon in den Landtag gehen soll, ist Eile geboten.

Dr. ANDREAS STEINER,
Barnimer Baumschutzstammtisch

Barnimer Baumschutzstammtisch

Sitzung im August

Die nächste Sitzung des Barnimer Baum-schutzstammtisches findet am Freitag, den 3. August um 19.30 Uhr im »Zepernicker Hof« in der Schönower Str. 147 in Zepernick statt. Auf der Tagesordnung stehen schwerpunktmäßig folgende Themen: Ergebnisse der kürzlich durchgeführten Baumschau an der Allee Rüd-nitz-Danewitz-L29, die Beteiligung der Natur-schutzverbände BUND und GRÜNE LIGA am Baumfällantrag Messingwerkstraße (Finow – Lichterfelde) des Landesbetriebes Straßenwe-ßen, konkretisierende Diskussionen über die Verleihung des Negativ-Preises »Goldene Ket-tensäge« und die Aktion »Baumschutz hat viele Gesichter«. Alle Baum- und Alleenfreunde sind herzlich eingeladen.

Dr. ANDREAS STEINER,
Barnimer Baumschutzstammtisch

Kommunalwaldkonferenz

am Donnerstag, den 30. August 2007
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
im Wald-Solar-Heim 16225 Eberswalde,
Brunnenstraße 25

*Wir haben den Mond erobert,
aber wir stehen wie hilflose Kinder
vor den sterbenden Wäldern,
hinter denen er aufgeht.*

HUBERT WEINZIERL (*1935),
dt. Naturschützer, 1983-98 BUND-Vorsitzender

Veranstalter:

kommunalpolitisches forum Land Branden-burg e.V., Regionalstelle Eberswalde
in Zusammenarbeit mit dem Wald-Solar-Heim Eberswalde

Eröffnung:

Begrüßung durch MARGITTA MÄCHTIG, MdL,
Vorsitzende des kommunalpolitischen Forums
Land Brandenburg e.V.

Vorstellung des Waldsolarheims durch THO-MAS SIMON, Vorsitzender Förderkreis Wald-schule e.V.

Themen:

»Kommunalwald – heute: Eine Bestandsauf-nahme« (Prof. Dr. KLAUS HÖPPNER, Leiter der Landesforstanstalt Eberswalde),

»Kommunalwaldbewirtschaftung im Span-nungsfeld zwischen ökonomischen Zwängen und ökologischen Herausforderungen - Einbin-dung forstlicher Modelle in die Entscheidungsfindung« (Prof. Dr. MARTIN GUERICKE, Fach-hochschule Eberswalde),

»Forstreform- eine Chance für den Kommunal-wald« (TIM SCHERER, Referatsleiter Forstbe-trieb im Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz),

»Ein Vermögen sichern - Stadforst Eberswal-de« (Stadtförster WOLFRAM SIMON),

»Intensivierung der Holznutzung eine Chance für Brandenburg« (KORNELIA WEHLAN, MdL, Sprecherin für Agrarpolitik und ländliche Ent-wicklung),

»Holzwirtschaft eine Wachstumsbranche« (Frau MASCHMANN-FEHRENZEN, Holzindu-strie Templin GmbH) u.a.

Moderation:

LOTHAR KRÜGER, E.I.C.H.E. e.V. Eberswalde

Der Bürgerhaushalt – Grenzen und Chancen

von Gerd Markmann

Während des Bürgermeisterwahlkampfes im Herbst 2006 gab es in Eberswalde die ersten öffentlichen Diskussionen zum Thema »Bürgerhaushalt«. Am 18. Oktober hatte z.B. die Linkspartei in ihrer Veranstaltungsreihe »Roter Faden« zu diesem Thema eingeladen. Mitglieder des Bündnisses »Für ein demokratisches Eberswalde« griffen im März die Diskussionen vom Herbst 2006 auf und legten der StVV ihre Vorschläge für einen »Bürgerhaushalt« in Eberswalde vor.

Bei Bürgermeister Friedhelm Boginski fanden diese Vorschläge ein offenes Ohr. Er beauftragte die Verwaltung, eine entsprechende Beschlussvorlage zu erarbeiten. Bereits im April wurde diese Vorlage im Finanzausschuß diskutiert. Viel war von den Vorschlägen des Bündnisses nach der Begutachtung durch die Verwaltung allerdings nicht übrig geblieben. Da sich im Ausschuß eine Ablehnung abzeichnete, zog der Bürgermeister die Vorlage kurzerhand zurück, worauf das Bündnis mit erheblicher Kritik reagierte (BBP 6/2007). Auf der StVV am 21. Juni kam es dann doch zur Abstimmung. An der Vorlage hatte sich kaum etwas geändert. Allerdings wurde der »Bürgerhaushalt« zuvor in der Öffentlichkeit stark beworben, so daß die StVV letztlich bei einer Enthaltung zustimmte.

Als positiv ist sicherlich zu werten, daß es nun diesen »Bürgerhaushalt« gibt. Mehr als einen symbolischen Anfang kann man darin allerdings kaum sehen. Zunächst geht es ohnehin nur um den Investitionshaushalt. Die inhaltliche Erarbeitung bleibt nach wie vor ausschließliche Aufgabe der Verwaltung. Der fertige Haushaltsentwurf soll dann in der ersten Septemberwoche ins Internet gestellt werden, worauf die Bürgerinnen und Bürger bis Mitte September – also gerade mal zwei Wochen lang – die Möglichkeit erhalten, Vorschläge vorzubringen, die zudem nur dann behandelt werden sollen, wenn Finanzierungsquellen aufgezeigt sind. Sollte es in den Folgejahren dabei bleiben, kann der »Bürgerhaushalt« getrost als Farce abgehakt werden.

Die Idee vom »Bürgerhaushalt« geht auf die Praxis in Porto Alegre, der Hauptstadt des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul zurück. Dort regiert die Partido dos Trabalhadores (PT), zu deutsch Arbeiterpartei. Die PT, mit 800.000 Mitgliedern eine der größten linken Parteien weltweit, versteht sich programmatisch als demokratische und sozialistische Partei. Sie hat ein plurales Parteikonzept, in dem verschiedenen Strömungen der Linken mit ausgeprägtem Tendenzrecht integriert sind. Sie hat starke Wurzeln in der neuen Gewerkschaftsbewegung Brasiliens sowie in den städtischen und ländlichen Sozialbewegungen. Eine entscheidende Neuerung in Porto Alegre war bereits in der ersten Wahlperiode Ende der

80er Jahre die Einführung der direkten Volksbeteiligung bei der Haushaltserstellung (Orçamento Participativo = Beteiligungshaushalt). Seitdem wurde der Beteiligungshaushalt immer weiter ausgebaut und vervollkommen. Er wurde zum Kernstück einer erweiterten Demokratie. Dabei geht es nicht nur um die direkte Einbeziehung der Bevölkerung. Zugleich geht es um die »Umkehrung der Prioritäten«. Es werden Zug um Zug neue soziale, kulturelle, demokratische und ökologische Standards gesetzt. Fortschrittliche Stadtpolitik und demokratische Haushaltspolitik sind dabei die beiden Seiten einer Medaille. Die PT hat während ihrer Regierung die gesamte Stadtverwaltung neu ausgerichtet, qualifiziert, ein neues Rollenverständnis der Beschäftigten im öffentlichen Dienst herbeigeführt, Fachleute eingestellt usw. In Form von Leitlinien, Masterplänen und Mehrjahresplänen für Porto Alegre hat die PT-Stadtregerung ihre kommunalpolitische Programmatik konkretisiert.

Aber entscheidend war und bleibt die direkte Mobilisierung der Bevölkerung, die sich mit ihren Interessen, Wünschen und Forderungen einbringt, die die Herkunft und Verwendung der Finanzmittel kennenlernt und kontrolliert, die Korruption aufdeckt, erschwert und beseitigt, die zu einer rationellen Verwendung der Ressourcen beiträgt usw. Dabei stehen unmittelbare Forderungen nach der Verbesserung der Lebensumstände und des Wohnumfeldes (Straßenbefestigung, kommunaler Wohnungsbau, Wasserversorgung, Abwasser, Müllentsorgung, Buslinien, Sozialstationen, Schulen, Kindergärten, Jugend- und Kulturzentren im Nahbereich usw.) im Vordergrund. Aber der Beteiligungshaushalt ist gleichzeitig ein Lern- und Bewußtseinsprozeß auf breiter Basis, eine nachhaltige Politisierung der Bevölkerung. So entwickelten sich im Laufe der Jahre bereits weitergehende Diskussionen. Da geht es um Vorstellungen und Forderungen von Stadtentwicklung im umfassenden Sinn. In Ergänzung zum Beteiligungshaushalt wurden inzwischen auch sogenannte Lokalkräte (conselhos municipais) eingeführt, die auf den verschiedensten Gebieten der Stadtpolitik (Gesundheit, Bildung, Kultur, Dienstleistungen, Kinder- und Jugendpolitik usw.) als indirekte Beratungsgremien wirken.

An der jährlichen Haushaltserstellung nahmen in Porto Alegre anfangs nur einige hundert Einwohner teil. In dem Maße, wie die Bevölkerung merkte, daß sie tatsächlich Einfluß nehmen kann, sind die Teilnehmerzahlen ständig gestiegen. Inzwischen nehmen pro Jahr rund 20.000 Bürgerinnen und Bürger an den Beratungsrunden in den 16 Stadtregionen und an den fünf thematische Vollversammlungen teil in denen bisher der städtische Investitionshaushalt (12 bis 20 % des Gesamthaushaltes)

zur Debatte steht. Der gewählte Volksrat für den Beteiligungshaushalt verabschiedet den Investitionshaushalt, worauf er im Rahmen der Vorlage des gesamten Haushaltsentwurfs im Rat eingebracht wird. Dieser behält formal die Haushaltskompetenz, aber unter der kritischen Begleitung durch die Bevölkerung. Obwohl die PT nur über ein gutes Drittel der Ratsmandate verfügt und einer ziemlich harten bürgerlichen Opposition gegenübersteht, kann auch diese nicht an den Ergebnissen der Haushaltsvorberatungen in der Bevölkerung vorbei.

Ziel der PT ist die Ausweitung der Bürgerbeteiligung über den Investivhaushalt hinaus auch auf die übrigen Haushaltsbestandteile (v.a. auf Löhne und Gehälter für die städtischen Beschäftigten, die auch hier rund 60 % des Haushaltes ausmachen).

Sicherlich können die Erfahrungen aus Porto Alegre nicht unmittelbar auf Eberswalde übertragen werden. Porto Alegre hat 1,3 Millionen Einwohner, Eberswalde 42.000. Viele Probleme, die den Menschen in Brasilien auf den Nägeln brennen, gelten hier schon lange als gelöst. Vom prinzipiellen Herangehen in Porto Alegre indes kann man sehr wohl lernen.

Dabei gibt es gute Ausgangsbedingungen. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl entsprechen in Eberswalde 650 Bürgerinnen und Bürger den 20.000 Teilnehmern am Beteiligungshaushalt in Porto Alegre. Bei den Einwohnerversammlungen Anfang des Jahres wurden mehr als 1.000 Teilnehmer gezählt. Es kann also in Eberswalde von einer vergleichbaren Bereitschaft ausgegangen werden, sich für die Entwicklung der Stadt einzusetzen. Die Bürgermeisterab- und -neuwahl des vorigen Jahres hat die Menschen politisiert, Hoffnungen und die Bereitschaft zum Mittun erzeugt. Daran kann angeknüpft werden.

Dabei kommt dem im Herbst 2006 neugewählten Bürgermeister eine besondere Verantwortung zu. In seiner Verantwortung liegt es, den Verwaltungsmitarbeitern die Angst vor der Mitwirkung durch die Bürgerinnen und Bürger zu nehmen, welche die Verwaltungsstellungnahme zu den Vorschlägen des »Bündnisses für ein demokratisches Eberswalde« doch sehr deutlich prägen.

Ein weiteres Hemmnis ist die Fixierung vieler Stadtverordneter auf die ausschließliche »Stellvertreterdemokratie«, wie sie sich im Laufe der Jahre herausgebildet hat. Dabei bietet das Grundgesetz durchaus einen großen Spielraum für die verschiedensten Formen direkter Demokratie. Bürgerbeteiligung entwickelt sich hauptsächlich dadurch, daß man sie praktiziert. Insofern kann der beschlossenen »Bürgerhaushalt« ein Anfang sein.

Quelle: Dierkes, Hannes: »Beteiligung statt Repräsentation oder auf dem Weg zu mehr Lebensqualität«, in »Sozialistische Zeitung« (SoZ), 18/30-8-01

Stadtgang mit Markus Meckel

Ein Stadtgang des Bundestagsabgeordneten Markus Meckel im Ortsteil Finow am 18. Juli war von der Presse angekündigt worden. Er wolle ungefilterte Informationen erhalten und für die Bürger direkt ansprechbar sein.

In Finow? Finow ist doch kein kleines Dorf. Da brauchte es schon fast kriminalistischen Spürsinn, um den Bundestagsabgeordneten zu entdecken und Informationen an ihn loszuwerden. Doch die Gegner der Müllverbrennungsanlage hatten ihren kriminalistischen Spürsinn ja schon beim Studium der Unterlagen für die MVA der Firma Steil bewiesen. Zielsicher fanden sie sich am Großen Stern vor dem Finower Kaufland ein. Eine Verspätung des Abgeordneten ließ zwar kurzzeitig Zweifel aufkommen, der ausgesandte Fahrradspäher war allerdings umsonst unterwegs, denn Markus Meckel erschien tatsächlich am vermuteten Mittelpunkt des Ortsteils vor dem Finower Einkaufstempel. Aus einem Stadtgang wurde aber nichts, denn die Zeit, die Markus Meckel für Finow eingeplant hatte, erwies sich schon für das Thema Müllverbrennungsanlage als zu knapp.

Umringt von sechs Mitgliedern der »Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt« stellte sich Markus Meckel den Fragen. Er bekannte schon am Beginn des Gesprächs, daß er sich mit dem Thema Müllverbrennungsanlage der Firma Steil noch nicht beschäftigt habe. Von Otto Baaz darauf angesprochen, verteidigte er trotzdem seine Genossin Petra Bierwirth, die gesagt hatte: »Auch hier mahne ich zur Sachlichkeit. Man kann Müllanlagen nicht nur verteideln, irgendwo muß auch der Abfall ja entsorgt werden. Im Ruhrgebiet und in Berlin habe ich Anlagen besucht, die sehr gut funktionieren. Umweltschutz heißt auch neue Technologien zu nutzen«.

Er könne bei dieser Formulierung nichts Kritikwürdiges finden, meinte Meckel. Dafür ertete er Widerspruch, denn die Gegner der Müllverbrennungsanlage engagieren sich gerade mit großer Sachkenntnis, die sie im konkre-

ten Fall bei Frau Bierwirth vermissen, wenn sie die geplante Sondermüllverbrennungs-Pilotanlage mit gewöhnlichen Hausmüllverbrennungsanlagen vergleicht.

In der sachlich geführten Diskussion überwogen die Informationen der Bürgeraktivisten an den Bundestagsabgeordneten. Sie informierten ihn u.a. darüber, daß die geplante Anlage eine Sondermüllverbrennungsanlage ist, die in Deutschland ihresgleichen sucht. In Eberswalde soll Sondermüll, der anderenorts nur als Beimischung verbrannt wird, pur verbrannt werden. Sie berichteten über den breiten Bürgerwiderstand gegen diese Anlage mit 16.000 Unterschriften und 4000 schriftlichen Einwendungen gegen die Anlage. Die Bürgeraktivisten wußten sich eins mit der Stadtverwaltung Eberswalde und der Stadtverordnetenversammlung, die der Sondermüllverbrennungsanlage das gemeindliche Einvernehmen versagt haben. Sie wiesen Markus Meckel auf die Homepage der Bürgerinitiative www.mva-eberswalde.de hin, wo umfassend über den Widerstand gegen die Müllverbrennungsanlage informiert wird.

Seine Sache seien vor allem die Fragen, die durch den Bund zu entscheiden seien, meinte der Bundestagsabgeordnete. Auch dafür nannten ihm die Bürgeraktivisten konkreten Handlungsbedarf. So müsse klargestellt werden, daß Müllverbrennungsanlagen nur nach Umweltrecht genehmigt werden dürften und nicht nach Anlagenrecht. Nach Umweltrecht wäre der Mülltourismus von Trier nach Eberswalde nicht zulässig, da nur entstehungsnahe verwertet werden dürfe. Im Fall der Genehmigung nach Anlagenrecht müßten die zulässigen Grenzen für Schadstoffemissionen verschärft werden, um jegliche negativen gesundheitlichen und Umweltwirkungen auszuschließen.

Markus Meckel bat die Vertreter der Bürgerinitiative, ihm Unterlagen zuzusenden, die ihn in die Lage versetzen, im Sinne der Bürgerbe-



Gegner der Steil-Sondermüllverbrennungsanlage fordern vom Bundestagsmitglied Markus Meckel Unterstützung zur Verhinderung der Anlage.

wegung Einfluß nehmen zu können. Er wolle dazu ein Gespräch mit dem Leiter des Landesumweltamtes, Herrn Freude, führen.

Markus Meckel schaute schon zur Uhr, da wollte Bernd Pomraenke unter Bezug auf ein früheres Gespräch mit Herrn Meckel noch wissen, was er von der Rentenpolitik halte. Der Einigungsvertrag hätte die Angleichung der Renten Ost an West zum Ziele gehabt. Davon sei jedoch nichts zu sehen. Meckel gab sich auch enttäuscht, daß es noch immer nicht gelungen sei, wesentliche Fortschritte zu erreichen. Dies wäre eine Frage des politischen Willens und den hätte weder die rotgrüne Bundesregierung, noch die gegenwärtige gezeigt. Zum 20. Jahrestag des Einigungsvertrages sollte die Frage gestellt werden, wie die diesbezügliche Zielstellung eingehalten wurde. Auch er wolle diese Frage stellen, brauche dafür aber viel Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Frage, wer bzw. was den politischen Willen der jeweiligen Regierung bestimmt, wurde dem Bundestagsabgeordneten zwar gestellt, aber für eine Antwort fehlte wohl nicht nur die Zeit, sondern vielleicht auch der Wille.

ALBRECHT TRILLER

Keine positive Entwicklung für schwerbehinderte Arbeitslose

Wie aus der Antwort der Landesregierung auf meine Kleine Anfrage »Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen« hervorgeht, kann zur Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen für schwerbehinderte Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten keine konkrete Auskunft gegeben werden. Als Grund werden Datenmeldeprobleme angeführt.

Gleichwohl zeigen die vorhandenen Daten leider in den letzten zwei Jahren eine deutlich negative Tendenz. Im August 2005 waren in Brandenburg etwa 7.000 arbeitslose Schwerbehinderte registriert. Aktuell sind es über 8.000. Maßgebliche Gründe für diese Entwicklung kann die Landesregierung nicht nennen.

Aus Sicht der LINKEN gibt es mehrere Ursachen. Bis Ende 2004 wurden gezielt Förder-

programme für Schwerbehinderte aufgelegt. Diese dienten offenbar vor allem dem politischen Zweck, die Statistik aufzubessern. Damit ist es gelungen, die von der Bundesregierung 2002 eingeführten Erleichterungen für Arbeitgeber, unter anderem die Senkung der Pflichtquote, als einen Erfolg zu verkaufen. Dies scheint nun aus Sicht der Bundesregierung nicht mehr nötig zu sein. Und die Erleichterungen für Unternehmen führen inzwischen zu rückläufigen Mitteln bei der Ausgleichsabgabe, so daß auch die Integrationsämter ihre Maßnahmen zurückfahren mußten.

Die Landesregierung schreibt: »Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen wird aufmerksam beobachtet«. Dies reicht ganz offensichtlich nicht aus, zumal eine Beob-

achtung ohne fundierte Daten und Analysen wenig Sinn macht. Wir halten es für erforderlich, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Beschäftigung Schwerbehinderter ernsthaft auf den Prüfstand zu stellen. Zudem muß gezielt auf öffentlich geförderte Beschäftigung für diesen Personenkreis gesetzt werden. Notwendig sind nachhaltige Maßnahmen und keine Strohhalm.

Brandenburger Unternehmen sollten sich über die Möglichkeiten der staatlichen Förderung für schwerbehinderte Arbeitnehmer gründlich informieren und nach Möglichkeiten für neue barrierefreie Arbeitsplätze suchen. Auch hier kann die Landesregierung unterstützend wirken.

INGEBORG KOLODZEIKE

30. August 1922:

Hungerrevolte in Eberswalde

Novemberrevolution und revolutionäre Nachkriegskrise der Jahre 1918 bis 1923 passen im 1941 erschienenen zweiten Band der »Geschichte der Stadt Eberswalde« von Rudolf Schmidt auf zwei Seiten. Elf Zeilen widmet er dem »Zusammenbruch« im November 1918, immerhin gut eine Seite den »zehn schweren Revolutionstagen« im März 1920 (Kapp-Putsch). Schließlich schreibt der Heimathistoriker: »Die Inflation machte inzwischen weitere Fortschritte, nichts konnte den völligen Niedergang mehr aufhalten. Am letzten Augusttag 1922 kam es zu umfangreichen Plünderungen, namentlich in der Altstadt und in der Neuen Kreuzstraße. Aus Potsdam herbeigeilte Staatspolizei machte aber auch diesem Aufstand schnell ein Ende. Es hatte ein Todesopfer gegeben, drei Frauen waren durch Beinschüsse erheblich verletzt worden, acht Arbeiter wurden verwundet, davon drei schwer.«

Was steckt hinter diesem »Aufstand«? War es ein von den Kommunisten im Roten Finowtal initiiertes Umsturzversuch? Oder nur ein spontanes und isoliertes Ereignis? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten. Ludwig Arendt, Direktor der Bruno-H.-Bürgel-Schule in Eberswalde und lange Jahre Stadtchronist, der sich verdient gemacht hat bei der Erforschung der historischen Ereignisse während des Kapp-Putsches und der Abwehrkämpfe im roten Finowtal, erwähnt diese Revolte in seinen Erinnerungen. Sie sind nicht datiert, wurden aber vermutlich 1954 geschrieben.

Ludwig Arendt ordnet diese spontane Revolte in Eberswalde in die im Kreis Oberbarnim im August 1922 ausgebrochene Streikwelle der Landarbeiter ein. Im Laufe des Jahres 1922 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Arbeiter in Stadt und Land dramatisch. Die beginnende Inflation warf ihre Schatten voraus. Die Landarbeiter erhielten zwar einen Teil ihres Lohns in Naturalien und standen sich damit etwas besser als das Industrie proletariat. Aber die zunehmende Verelen-

dung konnte dies nicht aufhalten. Am 10. August 1922 traten die Landarbeiter auf 20 Gütern des Kreises Oberbarnim in den Streik und begannen die bis dahin größte Kampfaktion des Landproletariats. Anlaß für den Streik waren Akkordlohndifferenzen, die durch Vermittlungsaktionen nicht beigelegt werden konnten. Als der Streik immer weiter um sich griff, setzte die Regierung der Weimarer Republik Polizei ein und unterstützte die Rittergutsbesitzer mit der Streikbrecherorganisation »Technische Nothilfe«. Doch alle Versuche den Streik abzuwürgen bewirkten das genaue Gegenteil. Auf 13 Gütern konnte die Arbeit der »freiwilligen Helfer« nur notdürftig und unter Polizeischutz durchgeführt werden.

Bereits am 16. August hatte sich der Streik auch auf die anliegenden Kreise ausgebreitet.

In Tiefensee forderten die Sprecher der Kopf- und Handarbeiterunion unter dem Vorsitz des Mitgliedes der KPD und früheren Kreisleiters des Landarbeiterverbandes Bau-

1. Anerkennung der Tariffähigkeit der Union
2. Annahme der Lohnforderungen
3. Abzug der Polizei
4. Abzug der Technischen Nothilfe.

Da diese Forderungen nicht erfüllt wurden, weitete sich der Streik aus. Im Kreis Oberbarnim streikten die Landarbeiter auf 33 Gütern mit 20.000 ha Ackerfläche.

Im »Märkischen Stadt- und Landboten« hieß es am 17. August: »Es ist daher selbstverständlich, daß mit allem Nachdruck der Einsatz der Technischen Nothilfe in den landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt wird und es dürfte keinen Mann, keine Frau im Kreise geben, die sich nicht, wenn irgend möglich, der bedrohten Landwirtschaft zur Verfügung stellt... Gelingt es dieser kommunistischen Gruppe, auch nur das geringste zu erreichen, so ist damit zu rechnen, daß auch in anderen Kreisen ... diese Streikbewegung ausbricht.« Einen Tag später klagte die gleiche Zeitung:

»Die Bewegung scheint ... von Brandenburg und Pommern auch auf die Provinz Hannover überzugreifen. In den Kreisen Hameln und Springe sind die Landarbeiter gestern in den Streik getreten.«

Ludwig Arendt berichtet in seinen Erinnerungen auch von Kämpfen mit den Streikbrechern: »So am 12. August 1922 auf dem Gut Gottesgabe bei Altfriedland. Streikende aus Ringenwald, Reichenberg und Julianenhof gingen unter Führung des Gutsstellmachers Wallendonski und des Gutsschmiedes Westphal aus Julianenhof gegen die Streikbrecher vor und verprügelten sie. Auf dem Vorwerk Schauhof setzten sie die Erntemaschinen außer Betrieb.« Mit Hilfe des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes konnte der Streik schließlich unterdrückt werden.

»Schon 14 Tage später«, schreibt Ludwig Arendt, »kam es zu schweren Unruhen in der Stadt Eberswalde. Ursache war die ständig sinkende Kaufkraft des Geldes.« So war der Preis des Obstes auf dem Wochenmarkt am 30. August 1922 in kurzer Zeit von 6 Mark auf 12 Mark, der Heringe von 12 auf 18 Mark gestiegen. »Als der Händler Winter einer Frau Ohrfeigen anbot, brach der Sturm los. Nach kurzer Zeit glich der Markt einem Schlachtfeld. Die erregte Menge drang in die Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte ein und verteilte die Waren. Schließlich wurden auch die Vorräte aus den Speichern der Kartoffelhandlung Paul Krüger herausgeholt. Als sich die Unruhen nicht legen griff die Potsdamer Polizei ein. In der Neuen Kreuzstraße (Friedrich-Ebert-Straße) schoß sie in die wehrlose Menge. Die Arbeiter hatten 2 Tote und eine große Anzahl Verletzte zu beklagen. Wenn auch die Erregung der Arbeiter mit Waffengewalt unterdrückt wurde, so garte es doch weiter.«

UDO MARKMANN

Quellen:

Schmidt, Rudolf: »Geschichte der Stadt Eberswalde«, Band II, Eberswalde 1941
 Arendt, Ludwig: »1922. Landarbeiter streiken«, Sammlung Ludwig Arendt Blatt 220-222, Museum in der Adlerapotheke

Netzwerk Metall

Eberswalde (wito). Wie steht es um Produktivität und Qualifikationsniveau in den Unternehmen des Netzwerks Metall Eberswalde Barnim? Prof. Dr. Jörn Mallok von der FH Eberswalde untersuchte die Situation in diesen Unternehmen, ist doch das Problem des Fachkräftemangels und der Ausbildung nicht nur im Land Brandenburg in aller Munde. Die Studie wurde am 12. Juli dem Arbeitskreis »Schule und Wirtschaft« vorgestellt. Produktivität und Umsatz der Netzwerkunternehmen stiegen in den beiden vergangenen Jahren stark. Die Investitionen in Fachpersonal fielen ungleich geringer aus. Deutlich wird, daß ein Umdenken in der Personalpolitik erforderlich ist. Weitere Infos bei Dietrich Bester (03334/59235).

Lokale Agenda 21 in Biesenthal

Mit Stolz möchten wir berichten, daß unser Projekt »Biesenthal - eine Stadt voll Energie« als offizielles Dekade-Projekt der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« am 15.6.07 im Rahmen der Veranstaltung »Bildung, Wirtschaft, Nachhaltigkeit – Berliner Unternehmen engagieren sich« ausgezeichnet wurde (www.dekade.org). Diese Auszeichnung bestätigt uns, das unser Ansatz zur Schärfung des Bewußtseins von Schülern, Bürgern und Mitarbeitern der Stadt Biesenthal im Umgang mit Energie, ein wesentlicher Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung darstellt. Bildung für nachhaltige Entwicklung bedeutet unter anderem die Erlangung der Fähigkeit globale

Problemlagen zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten dafür zu finden.

Auch möchten wir die Gelegenheit nutzen, Sie am 1. September zu unserem Stand auf den Biesenthaler Gewerbemarkt am Marktplatz zu einer Tasse mit Sonnenenergie gebrühtem Kaffee einzuladen und über die Möglichkeiten des Stromanbieterwechsels zu Anbietern von ökologisch erzeugtem Strom zu informieren. Bei dieser Gelegenheit können Sie auch mithelfen einen Klimaballon aufzupumpen.

HEIKE MÜLLER,

Lokale Agenda 21 Biesenthal e.V.

Weitere Informationen: www.la21-biesenthal.de

FH-Zeitung erinnert an Hans Ammon

Eberswalde (bbp). Die Hochschulzeitung der FH Eberswalde »Seitenwind« widmete sich in ihrer Frühlingsausgabe u.a. der Erinnerung an den von den Faschisten im Jahr 1941 ermordeten kommunistischen Widerstandskämpfer Hans Ammon. Der Artikel von Anke Kayser nimmt dabei Bezug auf die Ammonstraße, die mit ganzen drei Hausnummern wohl eine der kürzesten Gassen Eberswaldes sei. Geradezu ein »Relikt« sei diese Straße aber nicht nur wegen des Miniaturformats. Nach der Eisengießerei »Hans Ammon« in Britz verschwand auch die ehemalige 8. Polytechnische Oberschule »Hans Ammon« im Leibnizviertel. Schließlich habe auch der Park am Weidendamm den Namen Ammons verloren.

»Wer aber war dieser Mensch«, wird in dem Artikel gefragt, »der in den 1990er Jahren (fast völlig) aus dem Stadtbild verschwinden mußte?« Es folgt ein biographischer Abriss: »Geboren 1901 in Eberswalde, wuchs Hans Ammon hier auf, qualifizierte sich in den Ardetwerken zum Kernmacher und wurde Mitglied der kommunistischen Jugendbewegung. Später trat er der KPD bei. Gemeinsam mit seiner Frau lebte er in Sommerfelde, wo er als Gemeindevertreter und für die satirische KPD-zeitschrift 'Astlochkieker' agierte.

Durch seine politische Arbeit war er führenden Kreises schon vor 1933 ein Dorn im Auge, dem Jahr, als er erstmals verhaftet wurde. Man konnte ihm nichts nachweisen und er wurde wieder entlassen. Er arbeitete für die Büchergilde Gutenberg und konnte seine politische Arbeit damit gut tarnen. Nach seiner Entlassung fand er keine Arbeit, wurde mehr und mehr im Untergrund tätig – aktiv im antifaschistischen Widerstand und in der Flug-

blattproduktion. Im Juli 1941 erneut verhaftet, starb er nur zwei Monate später in Haft. Als Todesursache wurden 'Lungenentzündung' genannt. Hans Ammon war bei seiner Festnahme gesund und wohltauglich. Sein schlichtes Grab, von Rhododendren eingerahmt, befindet sich auf dem Waldfriedhof Eberswalde. Bereits am Eingang wird Ammon im Verzeichnis der Grabstätten bedeutender Persönlichkeiten aufgeführt.«

Die Vermutung, mit der Ammonstraße seien in Eberswalde wenigstens »noch diese wenigen Meter Erinnerung« an Hans Ammon geblieben, erwies sich allerdings als falsch. Wäre die Ammonstraße tatsächlich nach dem Kommunisten Hans Ammon benannt worden, wäre dieser Straßename wohl ebenfalls dem Umbenennungswahn in Eberswalde Anfang der 90er Jahre zum Opfer gefallen.

Britta Stöwe vom Eberswalder Verein für Heimatkunde stellte in der nächsten »Seitenwind«-Ausgabe richtig, daß die Ammonstraße schon im Jahr 1931 von Rudolf Schmidt in seinen »Orts- und Flurnamen des Stadtkreises Eberswalde« Erwähnung findet. Den Namen Ammonstraße erhielt sie bereits im Jahr 1909. Benannt wurde die vormalige Scheunenstraße nach dem 1887 verstorbenen Rittergutsbesitzer Adolf von Ammon. Dieser hatte dem dort gelegenen Wilhelms-Gymnasium (die heutige Goethe-Oberschule) 50.000 Mark vererbt.

Im Nachbarort Britz verfielen die Volksvertreter nach der Wende übrigens nicht jenem Umbenennungswahn. Dort erinnert auch heute noch die Hans-Ammon-Straße an den kommunistischen Widerstandskämpfer aus Eberswalde.

Indien im Kloster Chorin

Der indische Künstler JYOTI SAHI stellt vom 28. Juli bis zum 11. September 2007 Malelei im Kloster Chorin aus. Zugleich werden Fotos von Menschen in Zentralindien/Chota Nagpur gezeigt. Die Eröffnung der Ausstellung findet statt am Sonnabend, dem 28. Juli 2007, um 14 Uhr, im Brauhaus.

Jyoti Sahi ist 1944 geboren. Er lebt in der Nähe von Bangalore/Südindien. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht ein Mythos der Ureinwohner Indiens, mit 10 Gemälden unter dem Titel: »Die Eisengießerei von Chota Nagpur«. Der Mythos handelt davon, daß Menschen unvernünftig die Erde ausbeuten, alle Warnungen in den Wind schlagen und so ihr Leben verlieren.

Ergänzend zu den Gemälden von Jyoti Sahi werden Fotos gezeigt über das Leben der Ureinwohner in Zentralindien, der Adivasi. Die Adivasi leben im Gebiet Chota Nagpur. Sie gehören zu den Kastenlosen, die sich in die Berg- und Waldgebiete Chota Nagpur in Zentralindien zurückgezogen haben. Die Fotos hat Dr. Willibald Jacob aus Berlin zur Verfügung gestellt.



Dr. Jacob hat mehrmals längere Zeit im Gebiet Chota Nagpur als Dozent und Berater gelebt und darüber hinaus viele Reisen dorthin unternommen.

HANS-DIETER WINKLER

Der »altenhofer kulturkreis e.V.« präsentiert in Erinnerung an ein

Gerhard-Gundermann-Konzert

Pfingsten 1996

»... daß du noch singen kannst, ...

... wir sind doch pleitel«
den

4. Altenhofer Liedersommer

vom 17. – 19. August 2007
am Bootsverleih »Am Breten«
in Altenhof am Werbellinsee

Eintritt:

18. Juli: Erwachsene (ab 18 Jahre) = 10 Euro, Schüler (unter 18) = 6 Euro, Kinder (unter 10) = frei
17. und 19. Juli: EINTRITT bei AUSTRIIT
Vorbestellungen beim Veranstalter AKK e.V., Tel. 033363/4262

Übernachtungen: Hotel Pension Poppe (033363/3226), Hotel Kaiserhof (03363/4020), Ferienwohnung Mario Dräger (03363/3277)

Unterstützt von: Berlitz-Promotion & Service GmbH, Bootshaus »Am Breten«, O.K.-Bürop, Gundermanns Seilschaft e.V., Arton Konzertdirektion

Freitag, 17. August

19 Uhr: Ausstellungseröffnung, Malerei und Grafik von Andreas Bogdian

20 Uhr: Lesung mit Musik, »Das Großartige Wiederhabenwollen« Thomas Bruhn, Jörg »KO« Kokott

Samstag, 18. August

19 Uhr: Liederfest
Ralph Schüller & Band, Leipzig - »bringt Neues aus Bad News«

Michael Günther, Wandlitz - »hat ein Lied für uns«

Jörg »KO« Kokott, Strausberg - »glaubt an die Liebe«

Haase & Band, von irgendwo - »sind zwölfeinhalb«

... Überraschungsgast??

Sonntag, 19. August

11 Uhr: Musikalisch-literarischer Frühschoppen, Thomas Bruhn und Jörg »KO« Kokott zum Thema »Durst«

Vortrag über Sambia

Die UNICEF-Arbeitsgruppe Eberswalde lädt alle Interessierten zu einem Vortrag über Sambia ein. Am 27. August, um 16 Uhr, wird Frau Sigrid Nellesen, Leiterin der UNICEF-Gruppe Stendal, über ihre Reise in das afrikanische Land berichten. Die Referentin war im Herbst 2006 im Rahmen einer Projektreise in Sambia, um sich vor Ort über die Arbeit von UNICEF, insbesondere über die Aids-Programmarbeit zu informieren. Die Mitglieder der Eberswalder Arbeitsgruppe würden sich freuen, möglichst viele interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Räumen in der Alfred-Dengler-Str. 6 in 16225 Eberswalde bei Kaffee und Kuchen begrüßen zu dürfen. Weitere Infos gibt es auf www.eberswalde.unicef.de

MARTIN HOECK

BBP im Internet

<http://www.barnimer-buergerpost.de/>
<http://www.bar-blog.de/barnimer-buergerpost/>
<http://www.psverlag.de/bbp/>
<http://bbp.aki-stuttgart.de/>

»Sea un Hombre, Kleinman!«

Hommage an Woody Allen`s Film »Schatten und Nebel« – Ein Projekt der Gruppe »textnot«

Buenos Aires, Sommer 1930. Eine Mordserie erschüttert das heruntergekommene Viertel um den zentralen Gemüsemarkt. Die Polizei versagt, die Gespräche in den Bars beherrscht ein Thema: Wer ist der Killer? Wen erwischt es als nächstes? Zusammenhalten heißt es jetzt. Und auf die achten, die sich seit jeher verdächtig machen.

Das Projekt von textnot 2007 ist eine Hommage an Woody Allens Film „Schatten und Nebel“, an die Tangos von Carlos Gardel und Alfredo Le Fern.

Darstellerinnen und Darsteller in der Reihenfolge ihres Auftritts:

Kleinman als Kind: *Tom Stapel*
 Almstead als Kind: *Hannah Wenzel*
 Irmy als Kind: *Lea Behring*
 ein Mädchen: *Lisa Markwardt*
 ein Junge: *Faul Sylvester*
 Bretschneider: *Sascha Wenzel*
 Killer: *Fanny Lamarche*
 Kleinman: *Mirko Zschaubitz*
 Hacker, Mitglied der Bürgerwehr: *Kai Jahns*
 John, Mitglied der Bürgerwehr: *Jürgen Nehrlich*
 Sam, Mitgl. der Bürgerwehr: *Friedemann Domke*
 Anna, Kleinmans Vermieterin: *Manuela Drilling*
 Dicke singende Flau: *Annette Jochem*
 Kleines Mädchen: *Lilli Wenzel*
 Irmy, eine Schwertschluckerin: *Ellen Behring*
 Clown: *Torsten Stapel*
 Marie, eine Trapezkünstlerin: *Silvia Wolan*
 Starker Mann: *Jens Petzold*
 Ärztin: *Dajana Schmuilius*
 Leiche: *Jens Petzold*
 Jenny, eine Prostituierte: *Jenny Ehlert*
 Dorry, Hilda, Lucy, Prostituierte: *Christina Preuße, Annette Jochem, Heike Preuße*

Jack, ein Student: *Sören Baseler*
 Zwei Studenten: *Jürgen Hehrlich, Friedemann Domke*
 Die Mintzes: *Susann Pester, Torsten Stapel, Lisa Markwardt*
 Polizeichef: *Willi Büsing*
 Frank, ein Polizist: *Jens Petzold*
 Paulsen, Kleinmans Boss: *Sascha Wenzel*
 Nonne: *Susann Pester*
 Frau mit Baby: *Dajana Schmuilius*
 Spiro, eine Hellseherin: *Dajana Schmuilius*
 Alma, Kleinmans Ex-Braut: *Silvia Wolan*
 Simon Carr: *Kai Jahns*
 Almstead, eine Magierin: *Manuela Drilling*

Textbearbeitung, Regie: *Sascha Wenzel*
 Produktionsassistent: *Andrea Stapel*
 Technik, Licht: *Henrik Schade, Sven Graeme*
 Musik: *Charlotte von Wangenheim, Tanja Buttenborg (Akkordeon), Rebecca Goerth (Posaune)*
 Tanzchoreographie: *Vivien Zippel*
 Gestaltung: *Silvia Wolan*
 Ausstattung und Produktion: *textnot 2007*

Aufführungen am 27., 28. und 29. Juli 2007, jeweils um 20.00 Uhr

im Hof „Am Gamengrund“ (Ferienhof Behring), Berliner Straße 1, 16259 Gemeinde Höhenland, Ortsteil Leuenberg (Anreiseskizze und weitere Informationen unter www.ferienhof-am-gamengrund.de).
 Nach dem Theater gibt es Zeit und Raum, die Aufführungen ausklingen zu lassen.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:
 2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
 (Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Nachwuchsfilmpreis

Der SEHQenz e.V. und das Eberswalder Kinder- und Jugendparlament rufen zum Nachwuchsfilmpreis »Piggy« auf. Junge Film-interessierte zwischen 9 und 19 Jahren können ihre Filme zum 4. Nachwuchsfilmwettbewerb 2007 einreichen. Das Thema lautet in diesem Jahr »Auf dem Weg« und der Film sollte eine Länge zwischen 1 und 20 Minuten haben. Eurer Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt. Einsendeschluß ist der 30. September. Alle Einsendungen werden dann auf dem 4. Filmfest Eberswalde am 7. Oktober ab 15 Uhr im Haus Schwärzetal gezeigt werden. Die Beiträge werden in den Kategorien »Beste Idee«, »Beste Darsteller« und »Beste Kamera« von einer Jury bewertet. Die Sieger werden mit jeweils 200 Euro Preisgeld honoriert. Die Preis-verleihung findet am 13. Oktober 2007 statt. Schickt eure Filme an: SEHQenz e.V. für kom-munale Filmarbeit, Nachwuchsfilmpreis Piggy, Eisenbahnstr. 5, 16225 Eberswalde.

Bitte gebt zu den Filmen eure vollständige Adresse, die Telefonnummer, euer Alter, den Namen aller Akteure und den Filmtitel an. Weitere Informationen zum Filmfest findet ihr unter: www.filmfest-eberswalde.de

MARTIN HOECK, KKJP-Vorsitzender

Bürgerpost im Herbst

Nach der Sommerpause wird die Septem-berausgabe am 14. September erscheinen. Danach erscheint die BBP wieder vier- bis fünfwöchentlich, und zwar am 12. Oktober, am 9. November und am 7. Dezember. Redakti-onsschluß ist jeweils am Sonnabend vor dem Veröffentlichungstermin.

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: KJP, Markmann (2), Triller (4)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktions-schluß: 21. Juli 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegex-emplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die An-zeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 8.9.2007, 12 Uhr.